

Neuauflage Freie Presse

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 76 — 1. Jahrgang Saarbrücken, Samstag, den 16. September 1933 Chefredakteur: M. Braun

Es ist die erste Pflicht des Wahrheitsforschers, direkt auf die Wahrheit loszugehen, ohne rechts oder links zu sehen? Vergesse ich nicht die Sache zu sagen, wenn ich noch weniger vergessen darf, sie in der vorgeschriebenen Form zu sagen? Die Wahrheit ist so wenig bescheiden als das Licht. Marx.

Reichstagsprozeß in London

Die englische Regierung lehnt deutsche Einmischung ab

London, 14. September.

Die von der gesamten Öffentlichkeit mit äußerster Spannung erwartete Haupttagung des Internationalen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Reichstagsbrandes, dem eine Reihe der bedeutendsten juristischen Kapazitäten aus England, Frankreich, Amerika, Holland, Schweden, Dänemark, Belgien, Spanien, Italien und der Schweiz angehören, hat heute begonnen. Am Donnerstag um 10 Uhr eröffnete im Verhandlungsaal der Law Society, der bedeutendsten juristischen Vereinigung Englands, der ehemalige englische Oberreichsanwalt Cripps die Plenartagung. Heute abend findet bei Lady Marley zu Ehren des Untersuchungsausschusses ein Empfang statt, an dem viele führende englische Politiker, Juristen, Journalisten und die Spitze der Gesellschaft teilnehmen.

Dem Untersuchungsausschuss gehören u. a. an für England: der Kings Council M. Pritt; der ehemalige oberste Reichsanwalt Sir E. Cripps. Für Frankreich: Morn Gasser, einer der bedeutendsten und sicher der bekannteste Pariser Anwalt; Gaston Bergery, Mitglied der Kammer, führender Politiker der französischen Linken. Für Amerika: Arthur Garfield Hays, einer der bekanntesten Anwälte der Vereinigten Staaten, der in den meisten großen Prozessen in den letzten Jahren, u. a. auch im Prozeß Sacco-Banzetti aufgetreten ist; Clarence Darrow, ebenfalls einer der hervorragendsten amerikanischen Anwälte. Für Italien: der ehemalige Ministerpräsident und bedeutende Jurist Francesco Ruffi. Für Schweden: Senator Dr. Branting, der Sohn des verstorbenen Ministerpräsidenten, einer der bekanntesten Anwälte der nordischen Länder. Für Holland: die Abgeordnete Frau Dr. Bakker-Rort. Für Belgien: Pierre Bermeulen. Für die Schweiz: Johannes Huber, Vizepräsident des Schweizer Nationalrates. Für Bulgarien: Detleff, einer der bevorzugtesten bulgarischen Anwälte.

Voruntersuchungen

Der Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des Reichstagsbrandes hat bereits zwei Sitzungen abgehalten. Er hat in Paris unter dem Vorsitz von Morn Gasser eine Tagung gehabt, in der zu den bisherigen Ergebnissen der Voruntersuchung Stellung genommen und festgelegt wurde, daß an eine wirksame Verteidigung der Angeklagten vor dem Leipziger Reichsgerichtshof nicht zu denken sei, weil die deutsche Regierung und in ihrem Namen der Oberreichsanwalt und die Reichsrichter sich weigern, jene selbstverständlichen Rechtsgarantien zu geben, die für die Wahrheitsfindung in allen Staaten der Welt die erste, unerlässliche Voraussetzung ist.

Auf Grund dieser Sitzung begab sich eine Untersuchungskommission unter der Führung von Dr. Branting und Frau Dr. Bakker-Rort nach Holland, um an Ort und Stelle zahlreiche Zeugen über von der Tatbe zu vernahmen. Es wurden zu den bisherigen neue Dokumente beigebracht und zahlreiche neue Feststellungen erhoben, die dem Plenum des Untersuchungsausschusses in London vorgelegt werden.

Die Zeugen

In den Zeugen, die den Verdächtigungen des Hitlerregimes zum Trotz im Londoner Gegenprozeß aussagen werden, gehören u. a. Professor Georg Bernhardt, der ehemalige Chefredakteur der „Börsen Zeitung“ und führender demokratischer Politiker; Dr. Rudolf Breitscheid, Reichstagsabgeordneter, einer der Führer der sozialdemokratischen Partei Deutschlands; Grzesinski, ehemaliger preussischer Minister des Innern und Polizeipräsident von Berlin; Dr. Kurt Rosenfeld, ehemaliger preussischer Justizminister und Mitglied des Reichstages; Dr. Herz, der Sekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion; der deutsche Schriftsteller Ernst Toller; die Schwester des Mitangeklagten bulgarischen Politikers Dimitroff; der Journalist Philippborn, der am Tage vor dem Reichstagsbrande ein ausführliches Interview mit Toller gehabt hat; ferner Zeugen aus Holland, Desterreich usw.

Die Weltöffentlichkeit zum Gegenprozeß

Dieser Prozeß hat seinesgleichen in der Geschichte nicht. Viele Richter stellen das Rechtsgewissen der Welt dar. Die Weltöffentlichkeit selbst sieht zu Gericht über den Täter. Die Weltöffentlichkeit will einen Justizmord an Unschuldigen verhindern, einen Mord, in dem die Täter über die Unschuldigen zu Gericht sitzen. Die Nachfrage nach Eintrittskarten zu den öffentlichen Sitzungen des Untersuchungsausschusses ist enorm. Die allgemeine Spannung, mit der die Verhandlung hier erwartet wird, ist nicht nur mit der Sensationslust der alarmierten Öffentlichkeit zu erklären, sondern vor allem durch das in der englischen öffentlichen Meinung lebendige Gefühl für Gerechtigkeit.

Die Presse

Die große englische Presse beschäftigt sich in langen Artikeln mit dem „Gegenprozeß“. Seit Tagen berichten die Blätter spaltenlang über die zu erwartende Aufklärung des Reichstagsbrandes, über die Persönlichkeiten, die dem Untersuchungsausschuss angehören und über die Zeugen. Die Feststellung kehrt immer wieder, daß die Wahrheit über den Reichstagsbrand nicht in Leipzig, sondern in London festgestellt werden wird. Selbst ein so rechtsstehendes und hitlerfreundliches Blatt wie die „Daily Express“ überschreibt ihre Nachrichten über den „Gegenprozeß“: „Das Weltgericht beginnt morgen“.

Die Nachfrage nach Karten zu dem Presseempfang anlässlich des „Gegenprozesses“ ist außerordentlich groß. Hunderte von Journalisten mußten abgewiesen werden, da keine Karten mehr vorrätig sind.

Das Weltgericht beginnt

Die Eröffnungssitzung hielt der Rechtsanwalt Sir Stafford Cripps. Er ist einer der angesehensten Juristen und Arbeiterabgeordneten Englands. Man tut überhaupt gut, in Deutschland zu beachten, daß es sich bei diesem Gegenprozeß nicht um obskures Unternehmen, mehr oder minder unbekannter Leute handelt. Hier sind Menschen am Werk, deren Name in ihrem Lande und weit darüber hinaus ausgezeichneten Klang hat. Außerhalb Deutschlands wird dieser Prozeß die höchste und die ernsteste Beachtung finden.

Das Londoner Gerichtsviertel stand am Donnerstag im Zeichen des Gegenprozesses. Mehrere Stunden vor seiner Eröffnung war der Court Room, das Tagungslokal der angesehensten Juristenvereinigung Englands von zahlreichen Gruppen und Passanten belagert. Der Gegenprozeß findet unter dem Andrang der gesamten Weltpresse statt. Inmitten der alten traditionellen Gerichtsgebäude Londons liegt der Saal, in dem diese einzigartige Tagung, die von der Londoner Presse das Weltgericht über Hitler genannt wird, ihren Verlauf nimmt. Gegen 11.30 Uhr erschienen die Mitglieder des Untersuchungsausschusses: Frau Bakker Rort (Holland), Bergery (Frankreich), Branting (Schweden), Garfield Hays (Vereinigte Staaten), Wald Quidd (Dänemark), Pritt (England) und Bermeulen (Belgien) im Verhandlungsaal. Die Pressebänke und der Zuschauerraum sind überfüllt. Man sieht zahlreiche bekannte Persönlichkeiten des englischen öffentlichen Lebens unter den Zuhörern, u. a. den bekannten englischen Schriftsteller G. W. Wells, Lansbury, Lady Marley, Professor Lasky.

Der englische Oberreichsanwalt

Der ehemalige Oberreichsanwalt der Labourregierung, Sir Stafford Cripps, nimmt das Wort zur Eröffnungssitzung. Er verweist darauf, daß seit der Zeit des Reichstagsbrandes viele Gerüchte über den Ursprung des Feuers aufgetaucht seien. Der deutsche Oberreichsanwalt habe eigentlich die Aufgabe gehabt, alle diese Gerüchte und Spuren zu prüfen, aber die aktive Propaganda gegen die Kommunisten habe eine solche objektive Prüfung unmöglich gemacht. Deshalb müsse sie von Juristen aus fremden Ländern vorgenommen werden. Es sei einer großen Anzahl Zeugen unmöglich, in Leipzig zu erscheinen. Cripps verweist auf die Todesdrohung des Dortmunden Raziblatte gegen alle Zeugen, die im Sinne der Verteidigung der Angeklagten in Leipzig aussagen werden. Der Untersuchungsausschuss würde auch die Gerüchte prüfen, daß der Brand im Reichstag von nationalsozialistischer Seite gelegt worden sei. Er glaube jedenfalls, daß der Versuch in Leipzig, die Angeklagten zu belästigen, nach den Erhebungen des Untersuchungsausschusses mißglücken werde. Was der Untersuchungsausschuss feststellen werde, sei von großer Bedeutung, da viele Feststellungen innerhalb Deutschlands bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen dort unmöglich seien. Die Tagung des Untersuchungsausschusses stelle kein Gericht im eigentlichen Sinne dar, denn ein solches sei außerhalb Deutschlands nicht möglich. Es sei die Aufgabe dieser Tagung, so viel wie möglich Material zur Aufklärung des Reichstagsbrandes zusammenzutragen und es in wohlwogener Weise der Welt mitzuteilen. Cripps stellte gegenüber bestimmten Behauptungen der deutschen Presse fest, daß keiner der Anwälte zur politischen Partei der Leipziger Angeklagten gehöre. Die Juristen aus allen Ländern, die hier zusammenkamen, wollen der Wahrheit helfen. Das „Braunbuch“ wurde nicht von der Kommission verfaßt, aber so wie die Kommission alles Material objektiv prüft, wird sie auch das Material des „Braunbuchs“ untersuchen. Die Welt soll aus dem Verlauf dieser Tagung sehen, daß hier allein die Wahrheit gesucht wird. (Fortsetzung siehe nächste Seite.)

Der Gegenprozeß

Die Prozesse um den Reichstagsbrand, der offiziell in Leipzig wie der „private“ in London, können über den „guten Ruf“ der Reichsregierung gewiß nicht entscheiden. Dieser steht bereits seit langem fest, und eine Brandstiftung, selbst wenn sie den geheiligten Tempel des deutschen Parlamentarismus in Gefahr gebracht hat, ist sicherlich nicht die schlimmste aller Untaten, die das „dritte Reich“ zu verantworten hat. Trotzdem hat die Welt ihre guten Gründe, gerade dieser Angelegenheit eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Eine gewisse Rolle spielt, daß der Reichstagsbrand das Signal für den Ausbruch der „nationalen Revolution“ gewesen ist. Er hat den Vorwand gebildet, um einen völlig geschlossenen Kampf gegen die politischen Gegner zu beginnen. Das deutsche Volk in seiner Mehrheit glaubte und glaubt tatsächlich, daß mit der Brandstiftung eine kommunistische Aktion größten Umfangs begonnen sollte. Aber das Ausland, das unendlich besser unterrichtet wurde, durchschaute sofort die plumpe Machenshaft. Wenn sich die nationalsozialistischen Führer auch weniger „technische Fehler“ bei der Durchführung ihres Verbrechens hätten zuschulden kommen lassen, so wäre dennoch der Verdacht auf sie gefallen, weil sie allzu schnell und allzu unerfährlich politisches Kapital aus dem „glücklichsten“ Ereignis zu schlagen suchten.

Der Reichstagsbrand als „Bastille Sturm“ der nationalen Revolution ist zwar ein hochinteressanter Bogen der Weltgeschichte, aber diese Seite der Angelegenheit war es nicht, welche das Weltgewissen so erschüttert hat. Denn irgendeinen Anlaß, sich von Gesetz und Sitte zu befreien, hätten Hitler, Göring und Goebbels immer gefunden. In erster Linie sind es rein menschliche Gründe, welche eine ganze Anzahl hervorragender Juristen aus allen Ländern bestimmen, der Wahrheit über den Reichstagsbrand zum Siege zu verhelfen. Sie fürchten, daß die Hitlerregierung die unschuldig Angeklagten opfern wird, um sich von dem schweren Verdacht zu reinigen, der auf ihr lastet. Glücklicherweise gibt es noch Millionen von Menschen, deren Gewissen es nicht zuläßt, widerspruchslos eine derartige Verhöhnung der Gerechtigkeit hinzunehmen.

Bergleich spielt der Propagandachef des „dritten Reiches“ den Harmlosen. In Deutschland kann er mit einer solchen Haltung vielleicht einigen Eindruck machen, dafür wird es in der ganzen Welt den Verdacht gegen ihn bestärken, wenn er auf die schwerste Anklage nicht anders, als mit ausweichenden Redensarten zu antworten vermag, wie er es gestern in einer Berliner Gauerfassung tat.

„Schlimmer ist es schon“, sagte er, „was die kommunistischen Hezer betreiben, die außerhalb unserer Landesgrenzen sich befinden. Wenn ich mir das vor einigen Tagen in die Hände gefallene (1) Braunbuch durchblättere, und wenn ich da haarsträubend bewiesen sehe, daß in meinem Kopf der Plan zum Reichstagsbrand entstanden wäre, und daß der preussische Ministerpräsident Göring, ihn praktisch durchgeführt habe, so kann ich nur sagen: Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun. Ich glaube auch nicht, daß das Ausland diese Dinge ernst nimmt, ebenso wenig wie das deutsche Volk sie ernst nimmt. Die arbeitenden Menschen in Deutschland sehen unsere Erfolge (?) und sie messen daran die Richtigkeit unseres Kurses.“

Mit solchem Geschwätz kann er selbst auf die gehorsamen SA-Leute, die ihm zugehört haben, keinen großen Eindruck gemacht haben. Und diese wissen nicht einmal, wie blutig ernst das Ausland „diese Dinge“ nimmt. Daß nämlich noch keine einzige angesehenere ausländische Zeitung für die Unschuld der nationalsozialistischen Führer eine Lanze gebrochen hat, daß vielmehr fast allen ihre Schuld als eine unbestreitbare Tatsache gilt, über die eine Diskussion sich kaum mehr lohnt.

Viele Einzelheiten des Reichstagsbrandes sind noch ungeklärt. Trotzdem traut die Welt nur den Nationalsozialisten ein derartiges Verbrechen zu. Und eine solche Meinung hat sich nicht ohne Ursachen über sie gebildet. Wir sagten in der Einleitung dieses Artikels, daß eine Brandstiftung nicht das schlimmste unter den nationalsozialistischen Verbrechen sein würde. Viel erschütternder erscheint uns z. B. die Behandlung der Mörder von Potempa durch Adolf Hitler. Wenn sich die Welt an dieses Ereignis nicht mehr genau erinnert, so ist doch das Gefühl des Abscheus, das es erregt hat, geblieben. Damals, als eine Bande von Nationalsozialisten den Arbeiter Pietruch in seiner Woh-

nung vor den Augen seiner nächsten Angehörigen hinschlachte, gab es noch keine „nationale Revolution“, denn Herr von Papen gefiel sich in der Rolle eines Beschützers des Rechtsstaates. So wurden die Mörder zum Tode verurteilt, den sie sich wohl verdient hatten. Adolf Hitler erklärte sich aber in seiner Kundgebung mit ihnen solidarisierend, und eine seiner ersten Handlungen als Reichskanzler war, sie aus dem Zuchthaus zu befreien, zu dem der Schwächling Papen sie hatte begnadigen lassen.

Heute werden zahlreiche Kommunisten und Sozialdemokraten vor die Gerichte gestellt, wenn sie an politischen Schlägereien jener unruhigen Zeit beteiligt waren und irgendein Nationalsozialist bei dieser Gelegenheit sein Leben hatte lassen müssen. Für ein einziges braunes Opfer sind jüngst neun Marxisten zum Tode verurteilt worden, die keine Gnade finden werden. Adolf Hitler will keine Gerechtigkeit, ihm ist es gleichgültig, ob die Tat seiner neuen Kommunisten völlig geringfügig ist, gemessen an der vielblütigen Brutalität seiner Kameraden von Potempa.

Wundert sich Herr Göbbels noch, daß die Welt ihm, seinem Führer und seinen Kameraden alles, einfach alles, gutraut!

Die Unfreien

Die „Saarbrücker Zeitung“ will zwar nichts mit und zu tun haben, aber sie mißbraucht auch gestern wieder in ein paar Zeilen acht mal unseren Namen. Es geht immer noch um eine gegen die antifranzösische Propaganda-Auslagenachricht der Regierungskommission. Ueberrissen ist, daß wir diese Nachricht nicht amtlich erhalten haben und daher die Freiheit hatten, sie nach unserem Gutdünken journalistisch zu verarbeiten. Die „Saarbrücker Zeitung“ würden wir trotz ihrer begreiflichen Abneigung gegen uns besser behandeln, wenn sie bisher in einem einzigen Falle gewagt hätte, irgend eine Ausfälschung der braunen Dorden im Reiche auch nur zu berichten. Blätter, die nichts anderes sind als die willkürliche Werkzeuge reichsdeutscher Vagabunden, sind in dem großen europäischen Kampfe, der um die deutsche Saar geführt werden muß, unbrauchbar. Nicht die Stimmungsmache, sondern europäische Realitäten entscheiden hier das Schicksal.

Ernst Hardt

Am 15. Sept. Der frühere Intendant des Westdeutschen Rundfunks Ernst Hardt und der frühere kaufmännische Direktor des Westfunks Horst, sind auf Grund eines richterlichen Haftbefehls wegen Mithwirkerschaft beim Westdeutschen Rundfunk verhaftet worden.

Ernst Hardt gehörte zu den bedeutendsten Gestalten der deutschen neoromantischen Dichtung. Sein Drama „Tantris der Rarr“ beherrschte viele Jahre hindurch den Spielplan der deutschen Bühnen. 1919 wurde er Intendant des Weimarer Nationaltheaters, 1925 Intendant des Schauspielhauses in Köln, 1930 Intendant des Westdeutschen Rundfunks, den er im Geiste liberaler Toleranz mit vielen für den deutschen Rundfunk bedeutenden Anregungen leitete.

Weil er dem Nationalsozialismus in den Jahren seiner Intendanz nicht zugänglich war, wird jetzt der übliche Nachfeldzug in Szene gesetzt, damit der braune Plebs seine Freude hat.

Rüstungskontrolle

Paris, 15. September. Vertinax behauptet im „Echo de Paris“, daß Italien den französischen Vorschlägen, einer internationalen Rüstungskontrolle und einer Probeperiode, während der nicht abgerüstet werden soll, zustimmt. Mussolini habe ein neues Projekt in Paris eingereicht. Er verlange unter anderem, daß Deutschland die Erlaubnis erhalte, die Musterkuppen aller Waffen, die ihm durch den Vertrag von Versailles verboten sind, zu unterhalten. Sanktionsmaßnahmen, wie sie Frankreich in eine spätere Rüstungskonvention aufgenommen wissen möchte, lehnten England und Italien ab. Beide Länder wünschten ferner, daß jetzt schon die nach der Verlustperiode zu ergreifenden Abrüstungen genau angegeben würden.

Man vertritt hier in maßgebenden Kreisen die Ansicht, daß die deutsche Reichsregierung von Mussolini den Rat erhalten hat, in der Abrüstungsfrage einweilen ganz still zu sein. Man ist aber hier auch darin unterrichtet, daß die Reichsregierung bisher noch nicht soweit ist, um einer Rüstungskontrolle zuzustimmen, ehe eine tatsächliche Abrüstung der ausgerüsteten Mächte erfolgt. Es ist nicht sicher, ob die Reichsregierung gegenüber der Rüstungskontrolle eine vollständige Kapitulation wagen kann, und es ist daher mit einem kritischen Verlauf der Verhandlungen in Genf zu rechnen.

Am Führer der deutschen Delegation für die Tagung des Völkerbundes, die am 22. September beginnt, hat das Reichskabinett den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath bestimmt. Als Delegierte werden neben ihm der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Göbbels und der ständige Vertreter des Reiches beim Völkerbund, Gesandter von Keller, treten. Als Erharddelegierte reisen nach Genf Ministerialdirektor Gaus, Staatssekretär a. D. von Rheinbaben und der deutsche Gesandte in Bern, von Weizsäcker.

Die Vorbesprechungen

London, 15. September 1933. „Evening Standard“ schreibt über die Pariser Vorbesprechungen, bei denen England nicht durch Sir John Simon, sondern durch den Unterstaatssekretär Captain Eden vertreten sein wird, folgendes:

„Es ist für niemand ein Geheimnis, daß angesichts der Angst vor der deutschen Aufrüstung die französische und britische Regierung sich gegenwärtig um eine Uebereinstimmung bemühen, bei der die Vereinigten Staaten mitwirken, um, wenn möglich, in Genf von der ersten Sitzung an eine gemeinsame Politik zu verfolgen. Captain Eden ist nachwärtig. Seit 19 Monaten, seit Beginn der Abrüstungskonferenz hat er sich dauernd mit allen Fragen befaßt, die mit der Abrüstung zusammen hängen.“

Der Reichstagsprozeß in London

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Erster Zeuge: Dr. Hertz

London, 14. Sept. (Zupress.) Nach der Eröffnungsrede des ehemaligen Oberreichsanwalts der Labour-Regierung, Cripps, erhielt der englische Advokat Lawson das Wort, der die Tagesordnung der heutigen Sitzung bekannt gab. Lawson verlas einleitend sämtliche amtlichen Berichte des preussischen Pressedienstes über den Reichstagsbrand, sowie zahlreiche Pressestimmen ausländischer Blätter. Aus dieser Verlesung ergab sich, daß sämtliche amtlichen Berichte davon sprechen, der Reichstagsbrand sei von mindestens 8-10 Tätern gelegt worden. Es seien gleichzeitig etwa 20 Brandherde in den verschiedenen Teilen des Reichstages zur Entzündung gebracht worden. Es folgte dann aus dem amtlichen Handbuch des Reichstages eine Verlesung, daß ein unterirdischer Gang vom Haus des Reichstagspräsidenten zum Reichstagsgebäude besteht. Als erster Zeuge wurde der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Hertz aufgerufen, der seit 1929 Sekretär der Reichstagsfraktion der SPD gewesen ist. Hertz schilderte die allgemeinen Sicherheitsvorschriften des Reichstages, die Zahl der Portale und die genaue Kontrolle an den Eingängen. Während der Nichttagung des Reichstages im Januar und Februar sei ein außerordentlich geringer Verkehr im Gebäude gewesen. Fremde Personen haben nur auf Anmeldung und in Begleitung eines Beamten des Reichstages das Recht, das Innere des Gebäudes zu betreten. Hertz schildert, daß östlich der Friedrich-Ebert-Straße sich das Haus des Reichstagspräsidenten und das Maschinenhaus befindet, die beide einen einheitlichen Komplex innerhalb einer hohen Umfassungsmauer darstellen. Der unterirdische Gang verbinde das Reichstagsgebäude, das Präsidentenhaus und das Maschinenhaus, das also drei Ein- oder Ausgänge.

Der Gang enthält die Heizungsrohre des Reichstages, soll aber so hoch sein, daß Personen ihn bequem passieren können. Hertz schilderte ausführlich die örtlichen Verhältnisse im Reichstagsgebäude und wies nach, daß es infolge der scharfen Ueberwachung bei normalen Verhältnissen ganz unmöglich sei, in das Gebäude einzudringen. „Ich bin der Ansicht, daß das Feuer in dem Teil des Reichstages ausgebrochen sein muß, zu dem die Befürsorge, ja selbst das gewöhnliche Personal nicht Zutritt haben.“ Auf eine Frage der Frau Bakker-Dort erwiderte Hertz, daß es seines Erachtens vollständig unmöglich gewesen wäre, alle für die Brandstiftung notwendigen Materialien in den Reichstag zu bringen, ohne gesehen zu werden.

Der nächste Zeuge ist der frühere preussische Minister des Innern Grzesinski, der zuletzt Berliner Polizeipräsident war.

Man hofft, die Verhandlung bis zum nächsten Dienstag beenden zu können. Drei Zeugen wünschen, daß ihre Namen geheim gehalten werden, da sie befürchten, daß die Nationalsozialisten an ihren noch in Deutschland lebenden Familienangehörigen Rache nehmen. Mehrere bekannte reichsdeutsche Politiker haben aus ähnlichen Gründen das Erscheinen vor dem Gerichtshof abgelehnt. Das Gericht beabsichtigt nicht, ein eigentliches Urteil zu fällen; es will vielmehr die Ergebnisse der Verhandlungen in Schlussfolgerungen zusammenziehen, die spätestens am 20. September der Öffentlichkeit und gleichzeitig unmittelbar dem Reichsgericht zur Kenntnis gebracht werden sollen.

Ein verunglückter deutscher Schritt

Die Reichsregierung war beim englischen auswärtigen Amt vorzüglich geworden, um die englische Regierung auf die Ver-

antwortung aufmerksam zu machen, die sie durch die Duldung des sogenannten Gegenprozesses auf sich nehme. Die englische Regierung hat sich erwidert, daß sie nicht die Macht habe, derartige private Veranstaltungen zu verhindern. Der deutsche Vorstoß wird in England ganz allgemein ungünstig beurteilt, weil er keinerlei Verhängnis für die freie Meinungsäußerung eines freien Volkes zeigt.

Dr. Sack in London

London, 15. Sept. Rechtsanwalt Dr. Sack, der die Verteidigung des Kommunisten Torgler im Leipziger Prozeß führen wird, ist gestern abend auf dem Luftwege in Croydon. Er und seine beiden Begleiter wurden von den Passkontrollbeamten ungewöhnlich lange Zeit, angeblich über eine Stunde lang, aufgehalten, bevor sie sich nach London weiterbegeben konnten.

Die Morgenblätter vermuten, daß Dr. Sack nach London gekommen ist, um der heutigen Sitzung der sogenannten internationalen juristischen „Untersuchungskommission“ über den Reichstagsbrand beizuwohnen.

„Daily Express“ zieht aus dem Londoner Besuch von Dr. Sack den Schluß, daß die Behauptung, den Angeklagten werde in Leipzig keine angemessene Verteidigungsmöglichkeit gegeben werde, möglicherweise doch nicht den Tatsachen entsprechen.

Eine Mordliste

Aufregung in England

London, 15. Sept. Die englische Öffentlichkeit ist ungeduldrig über eine Enthüllung, die im Naziklub von London West-End gemacht worden ist.

Auf einer Wandtafel des Klubs hat die Nazileitung Fotos von 35 bekannten Deutschen angebracht, die aus Deutschland vertrieben wurden und darunter folgenden Text:

Wenn Ihr einen trifft, schlägt ihn tot. Ist es aber ein Jude, dann zerbrecht ihm jeden Knochen einzeln.

Die Fotos sind so scharf und deutlich, daß jeder der 35 Emigranten wiedererkannt werden kann, selbst wenn man früher ihn nicht gesehen haben sollte.

Es ist klar, daß ein Zusammenhang zwischen den Mordfotos und dem Londoner Gegenprozeß besteht, zumal sich Bilder von Georg Bernhardt, Freitscheid und Grzesinski darunter befinden, die sich anlässlich des Gegenprozesses nach London begeben haben.

Unter den übrigen Emigranten, die von den Mördern ins Auge gefaßt worden sind, befinden sich Scheidemann, Leo Feuchtwanger, Heinrich Mann, Billy Münzberg.

„Bewaffneter Aufstand“

Material aus dem Jahre 1905

London, 14. Sept. Der „Daily Telegraph“ erfährt von seinem Korrespondenten, daß die Sammlung von Fälschungen, die anlässlich des Reichstagsbrandprozesses jetzt als Beweis der „kommunistischen Gefahr“ herausgegeben werden, auch den Auszug eines Werkes enthält, das der revolutionären Arbeit gewidmet war und im Jahre 1905 in einem Umfang von 1000 Seiten in Genf erschien.

Streik unter Tage

Heldenkampf steirischer Bergleute

Seit einigen Tagen ist im österreichischen Kohlenrevier eine Streikbewegung im Gange, die heute auch auf Weststeiermark übergegriffen hat und insgesamt etwa 5000 Bergarbeiter erfaßt haben dürfte. Von diesen wartet fast die Hälfte den Erfolg der Aktion in den Schächten der Kohlengruben unter Tag ab. Teilweise sind diese Bergleute seit sechs Tagen in der Grube; sie werden bereits von mancherlei Krankheiten und anderen Gefahren bedroht. Zum Teil haben die Werkdirektionen das elektrische Licht in den Gruben abgeschaltet und den in den dunklen Schächten eingeschlossenen Bergleuten jede Nahrungszufuhr und auch die Versorgung mit Trinkwasser verweigert. Es wurden verschiedene Versuche gemacht, die eingeschlossenen Bergleute auf die Lebensgefahr, in der sie schweben, aufmerksam zu machen, doch erklärten die Aufständigen, daß sie bis zum letzten auszuhalten gedächten. Nach den Neuierungen führender Bergbaujuristen ist die Alpine Montangeellschaft ihrerseits entschlossen, dem Kampf der Bergarbeiter schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Nach längeren Verhand-

lungen wurde jedoch heute wenigstens das Verproviantierungsverbot von der Werksleitung aufgehoben.

Die Streikleitung setzt sich in einzelnen Bezirken aus Angehörigen des ehemaligen, den Nationalsozialisten angeschlossenen steirischen Kammerhofer-Beimatschubes und der Nationalsozialisten selbst zusammen, doch erklären die Aufständigen, daß sie in einem rein wirtschaftlichen und keineswegs in einem politischen Kampfe stehen. Sie wenden sich gegen die neuen Lohnzahlungsfristen und fordern die Wiederherstellung der alten halbmönatlichen Lohnauszahlung mit wöchentlichen Vorschüssen, sowie die Aufhebung anderer finanzieller Erschwerungen. Die Unternehmerverbände erklären, daß sie einen Teil dieser Forderungen nicht erfüllen können, weil sie mit der Rotverordnung der Regierung in Widerspruch stehen. Oberbergat Dr. Jarominek hat Vermittlungsversuche aufgenommen, doch ist deren Ausgang noch völlig ungewiß.

Sondergericht

Acht Monate Gefängnis für die Wahrheit

Zupress.) Der Dresdener Autoschlosser Hagen wurde vom Sondergericht zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er gesagt hatte, daß 150 meuternde SA-Leute verhaftet und ins Konzentrationslager gebracht worden seien. Die Tatsache an sich wurde nicht bestritten. In der Urteilsbegründung heißt es aber, daß es „unerantwortliche Schwächheit und Verantwortungslosigkeit“ sei, in der Öffentlichkeit über solche Dinge zu sprechen.“

Das ist heute nötig!

„Bringt keine Waffen in die Schule mit!“

Der preussische Kultusminister hat einen kennzeichnenden Erlaß herausgegeben, der zeigt, wie sich das „dritte Reich“ auf die Geistesverfassung der Jugendlichen auswirkt hat. In dem Erlaß heißt es zunächst, daß die Schüler in den Schulen den Lehrern zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet seien. Zeigt schon die Notwendigkeit dieses Erlasses, wie es um die von Hitler verheißene deutsche Jugend aussieht, so werden die erschreckenden Zustände leider allzu deutlich, wenn man weiter vernimmt, daß „das Mitführen von

Waffen jeder Art in der Schule ausdrücklich verboten“ ist!

Deutschland ist also bereits so weit, daß schnippsichtige Kinder der Waffen in der Hand haben. Und das tollste ist, daß der Herr preussische Kultusminister den Kindern nicht etwa generell verbietet, Waffen in die Hand zu nehmen, sondern daß er dieses Verbot — vermutlich auf Grund von Ereignissen, die man zu vertuschen verstanden hat — nur auf die Schule erstreckt!

Das Neueste

Roth (Bern) beim Obersten Gerichtshof des Saargebietes

Saarbrücken, 15. Sept. (Wg. Zeit.) Von der Regierungskommission des Saargebietes ist Dr. Roth, Sekretär des Schweizerischen Bundesgerichts, zum Mitglied des Obersten Gerichtshofes des Saargebietes ernannt worden. Dr. Roth, der sein Amt bereits am 15. September antritt, ist vom Bundesgericht zunächst bis auf weiteres beurlaubt worden.

Diktatur in Kuba

Havana, 15. Sept. Die Regierung hat angekündigt, daß sie eine innere Politik zu führen gedenke, die ihrem Wesen nach einer Diktatur gleichkomme.

Neun in Düsseldorf

Das Düsseldorfer Sondergericht hat neun angebliche Kommunisten wegen Mordes und Mordversuches zum Tode verurteilt; sie werden also, da es Vergewaltigungen im erneuerten Deutschland nur noch in seltenen Fällen für gemeine Verbrecher, nicht aber für politische gibt, demnächst das Schafot befeigen. Allein die Vorfälle dieser Massen-Hinrichtung, der neun mit dem Beil abgeschlagenen Köpfe genügt, um die neudeutsche Rechtsprechung anschaulich in ihrem Blutsittlichkeit zu zeigen.

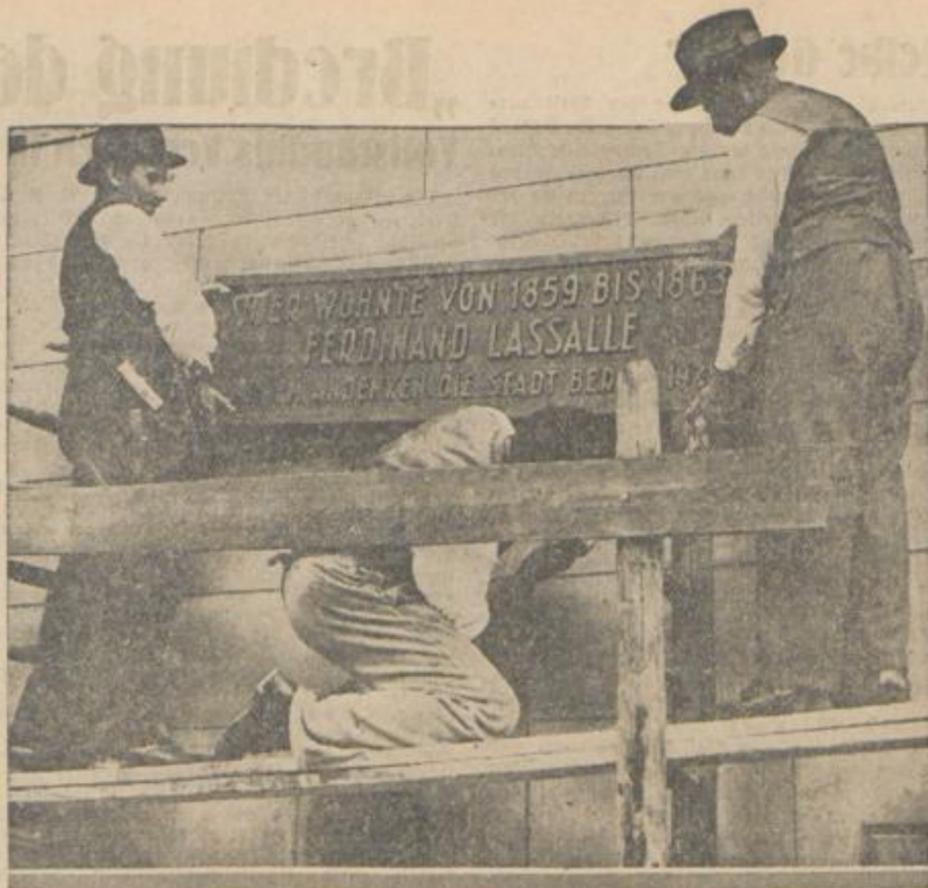
Was aber hat es überhaupt mit diesem „Mord“ auf sich, den die neun Opfer der deutschen Blutjustiz begangen haben sollen? Nach der Darstellung in der Urteilsbegründung haben die Verurteilten als Racheaktion für einen Zusammenstoß — das heißt für einen Naziüberfall — am 20. Juni des vorigen Jahres, also zu Zeiten eines ganz Deutschland in Atem haltenden Bürgerkrieges, das SA-Heim in Düsseldorf-Erkrath überfallen, und zwar planmäßig mit Pistolen, wobei dann zwei SA-Leute getötet wurden. Nehmen wir selbst diesen Tatbestand an, wie ihn das Urteil schildert, so handelt es sich nach Sinn und Wortlaut des deutschen Strafgesetzes allenfalls um vorläufige Tötung. Das Nazigericht hat aber gegen das Gesetz und gegen alle bisherige Praxis ganz einfach die Ueberlegung der Mordabsicht vorausgesetzt; und auf dieser Voraussetzung beruhen die Todesurteile. Die zwei Getöteten hatten, nach dem Prozessbericht reichsdeutscher Blätter, nur je eine Schußverletzung; verurteilt aber werden neun Menschen, von denen jeder einzelne als Mörder angesehen wird, von denen mindestens sieben ganz bestimmt unschuldig sein müssen! Bis zum Naziregime wurden Teilnehmer einer solchen Aktion, wenn nicht einwandfrei feststand, wer den tödlichen Schuß abgegeben hatte, stets nur wegen Landfriedensbruchs bestraft.

Soweit die juristische Wandlung des neuen deutschen Blutrechts, das gleichzeitig alle Nazigewalttaten jener Epoche amnestierte und die Mörder von Potempa schuldig aus dem Gefängnis holte. Potempa ist übrigens ein sehr wertvoller Vergleich zu dem Düsseldorfer Urteil. Als dort unter dem Terrorgesetz der Papen-Regierung Todesurteile gefällt wurden, heulte die ganze Nazipresse Deutschlands über das Blutvergift, telegraphierte der heutige Reichskanzler an seine Kameraden (deren Anführer ebendieser Landsknecht unter polnischer und französischer Flagge gewesen war). In Potempa überfielen bewaffnete und besoffene SA-Leute, die eigens zu dieser „Strafexpedition“ geholt worden waren, den schlafenden Arbeiter Pietzsch und trampelten ihn zu Tode, in Erkrath handelte es sich, selbst wenn man die Darstellung der Anklage zugrunde legt, allenfalls um einen „Racheakt“ gegen keineswegs friedliche und bestimmt bewaffnete Nazisoldaten. In Potempa protestierte Hitler gegen das „ungeheuerliche Bluturteil“, im Düsseldorfer Prozeß werden die wehrlosen Angeklagten, deren Verteidiger sich empört dagegen verwahren, etwa mit „früheren kommunistischen Rechtsberatern“ auf eine Stufe gestellt zu werden, ganz selbstverständlich zum Tode verurteilt, und so unbestreitbar dokumentiert, daß nicht die Tötung, sondern die Uniform des Getöteten entscheidet.

War es ein SA-Mann, so ist es Mord, werden neun für zwei auf's Schafot geschickt; war der Tote hingegen ein „Untermensch“, ein Marxist — ja dann besteht alle Aussicht, daß der Täter nicht nur Anerkennungstelegramme des Führers, wie die Mordgesellen von Potempa, sondern wie die Ratzenau-Mörder in späteren Jahren auch eine Gedenktafel bekommen.

„Trieb der kalten Rache“

Dresden, 13. Sept. In den in Düsseldorf gefällten neun Todesurteilen schreibt der nationalsozialistische „Freiheitskampf“: Es ist nicht der Trieb der kalten Rache allein, den neun Verurteilten die Köpfe abzuschlagen. Der Staat ist aus Gründen der Selbsterhaltung gezwungen, diese Vektoren der inneren Zerrüttung aus seinem Fleische zu reißen und



Lassalle-Gedenktafel in Berlin wird entfernt

die der Erde Schoß, aus dem sie zu unserem Unglück entsprossen, zurückzugeben, daß auf ihrem Moder ein edlerer Same zum Heile des Volkes gedeihe.

Es ist ein Wettbewerb der Bestialität: neun Todesurteile an einem einzigen Tag und dieser „Blutrausch der kalten Rache“.

Alfred Braun befördert!

Wir entnehmen „Der Volk“, dem holländischen Sozialistenblatt:

„Im Konzentrationslager Oranienburg sitzt eine Anzahl der meist gebildeten Sozialdemokraten, u. a. Heilmann, Künstler, Löbe, Westphal usw. Sie gehören zu den „Zweitrang-Gefangenen“. Das bedeutet, daß sie nicht in Einzelzellen eingeschlossen sind, sondern sich tagsüber „frei“ bewegen dürfen. Sie müssen arbeiten, und man hat die unangenehmsten Beschäftigungen für sie ausgelacht. Künstler reinigt die Toiletten; der Radioansager Alfred Braun schneuert die Gänge. Die Lagerleitung hat vor einigen Wochen für Alfred Braun, der in ganz Europa durch seine ausgezeichneten bunten Abende bekannt ist, eine besondere Strafe ausgedacht. Er mußte für die Gefangenen einen nationalen bunten Abend arrangieren. Die Lagerleitung hat ihre Freude dabei erlebt! Alfred Braun hat tatsächlich einen bunten Abend arrangiert, und Gefangene, die man inzwischen freigelassen hat, haben erzählt, daß sie dabei seit langer Zeit wieder einmal gelacht hätten. Wie raffiniert Braun die Nazis und die SA dargestellt hat,

ist einfach nicht zu glauben. Und die SA-Führer konnten nichts dagegen machen, weil er ihren Auftrag brav ausgeführt und keinerlei Anspielungen gemacht hatte. Ein Ding steht fest: Alfred Braun kriegt nie wieder den Auftrag, einen bunten Abend zu arrangieren, und die Gefangenen bedauern das sehr. Trotzdem ist Braun zum Schreiber befördert worden, und Heilmann muß die Gänge schneuern!“

So sind sie

Deutschlands Führer im englischen Urteil

Der Korrespondent des „Sunday Express“ hatte auf dem Nürnberger Parteitag Gelegenheit, die Führer der Hitlerbewegung aus der Nähe zu betrachten. Ueber seinen Eindruck schreibt er: „Zuerst Göring. Er ist von großer Statur mit einem hübschen und grausamen Gesicht. Er ist der Spielball wilder und unberechenbarer Leidenschaften. Er ist brutal und ohne Gleichgewicht. Die Menschen bewundern ihn wie einen Höhlenbewohner. Nach Göring: Goebbels. Goebbels, der kleine Trikol-Intellektuelle, mit der Phantasie eines jüdischen, sich hängend auf ein armlässiges Studium der Ethnographie und irriger historischer Vektoren. Danach Röhm. Er ist der Typ des Gangsters: massiv, entschlossen und bestialisch. Dann gibt es noch Heines. Er ist jung, er präsentiert sich geschickt; er ist ein Idealist und ein Mörder. Die Republik steckte ihn ins Gefängnis. Das neue Regime stellte ihn an die Spitze der Polizei von Breslau. Schließlich Hitler. Er ist anders. Er ist fanatiker. Er ist dumm, das ist kein Zweifel, aber er versteht, die Massen zu gewinnen.“

Brief aus Baden

Auszug nach Ottenhöfen

Die nationalsozialistischen Kreisleiter des badischen Schwarzwaldkreises versammelten sich dieser Tage im schönen Schwarzwaldort Ottenhöfen. Die Wahl dieses etwas abseits in stiller Schwarzwald-Verträmmtheit liegenden Kurorts veranlaßt die Reichsstatthalter Robert Wagner (früher Badisch) seinen Getreuen und noch mehr der gesamten Öffentlichkeit plausibel zu machen, indem er auf das Beispiel des Führers hinwies, der ebenfalls aus den Steinwäldern der Großhilde in die stille Vergeinamkeit geflohen sei. Der Führer sei der Meinung, daß solche Tagungen den Blick weiteten und dazu führten, daß man alle Fragen der Gegenwart ruhiger und sicherer abseits der Großhilde beurteilen lerne. Wenn man im amtlichen Bericht, den die Nazipresse über diese Tagung veröffentlicht, herumspürt, gelangt man allerdings zu der Ueberzeugung, daß den Naziführern ein „geweiteter Blick“ und eine „ruhige“ sowie „sichere“ Beurteilung der Fragen der Gegenwart nichts schaden könnte. Aber ob da Ottenhöfen hilft? Das Kurortchen wird im allgemeinen nur von Kerventranten aufgesucht. Unsere badischen Nazipapier sind mehr als nur Kerventrant! Unser hochberechteter Reichsstatthalter verläßt die übrigen während seiner Ansprache, daß die „alte Schlangkraft und Organisation in der Partei wiederhergestellt werden müsse, wenn man die Schwierigkeiten des bevorstehenden Winters überwinden“ wolle. Mit „neuen Dienstvorschriften“, die demnächst herauskommen, will er den bösen Feind bändigen. Die Verteilungswelt des ehemaligen Vertrauten Badisch, der nun die Ehre hat, wofür Reichsstatthalter zu sein, gründet sich auf Dienstvorschriften. Den badischen Arbeitslosen wäre Arbeit und Brot und politische Freiheit allerdings lieber!

Luftschutz große Mode!

In allen Teilen des Landes arbeitet man fleißig an der praktischen Durchführung der Luftschutzpläne, die von den verschiedenen amtlichen Stellen veröffentlicht wurden. In den Fabriken sind bereits gasdichte Keller ausgebaut und nationalsozialistische Beamte sowie Arbeiter mit bestimmten Funktionen betraut worden.

Amnestie für nationale Spitzbuben

Das Justizministerium bereitet ein Gesetz vor, das eine neue Amnestie vorschlägt für Straftaten, die aus politischer Ueberzeugung im Kampf für das „dritte Reich“ begangen worden sind. Nachdem man längst schon allen Schulmeistern, die sich früher ihrer nationalsozialistischen Schwanze wegen einmal ein paar Mark Geldstrafe geholt haben, die Bezüge wieder zurückgezahlt hat, soll also jetzt

allen Nazis, die wegen verbrecherischer Handlungen bestraft wurden, Amnestie gewährt werden. In Zukunft will man dann „alle Verfehlungen ohne Rücksicht auf die Person des Täters mit aller Schärfe“ ahnden. Eine mannhafte Sprache. Denkt man dabei vielleicht an die revoltierenden SA-Leute von Freiburg?

Wie die Nazizeitungen Abonnenten werben

Alle Zwangsmaßnahmen vermochten nicht die Abonnenten der verbotenen Arbeiterzeitungen den Nazizeitungen zuzuführen. Obwohl viele Fälle bekannt sind, in denen Beamte und Arbeiter, die im holländischen oder staatlichen Dienst stehen, gezwungen wurden, die nationalsozialistischen Zeitungen zu abonnieren, trübten sich doch wieder viele im Privatleben ständige Angestellte und Arbeiter, die Naziblätter zu bezahlen. Die noch erscheinenden bürgerlichen Zeitungen, deren Abonnenten ebenfalls unter Druck gesetzt wurden, erklärten sich durch Eingaben und Bittgesuche bei Regierungsstellen gegen diesen unlauteren Wettbewerb. Das „Heidelberger Tageblatt“, eine der angesehensten bürgerlichen Zeitungen Süddeutschlands, brachte sogar den Mut auf, in einer recht scharf gehaltenen Erklärung gegen das unverschämte Treiben der Nazi-Abonnenten-Werber zu protestieren. Die Antwort darauf lautet: „Das badische Ministerium des Innern hat das Heidelberger Tageblatt auf Grund des Gesetzes vom 28. Februar zum Schutze von Volk und Staat auf vierzehn Tage verboten.“ Heller Jubel in der Nazipresse des ganzen Landes. Der badische Innenminister macht sich mit diesem Verbot zum amtlichen Abonnentenwerber für die Nazipresse. Statt aufzuhören, werden sich von nun an die Drangsalierungen, denen die Leser der bürgerlichen Presse ausgesetzt sind, nur noch mehr. Der Staat besorgt so die Geschäfte der Nazipresse, an der die Herren Minister — immer nach dem Grundsatz: „Gemeinnut geht vor Eigennut“ — meist sogar finanziell beteiligt sind.

Wer Geld hat, wird aufgenommen!

Immet wieder liest man, daß die Nazi-Partei eine Mitgliedsliste angeordnet habe und bis auf weiteres niemand mehr aufgenommen werde. In der Praxis wird diese Bestimmung so ausgelegt: Bei einem Geschäftsmann erscheinen zwei SA-Männer. Sie bitten um eine Spende für irgendeinen Zweck. Jhaert der Geschäftsmann, dann erklären ihm die beiden Herren, wenn er drei Mark spende, so werde er dadurch automatisch Mitglied der Partei. Für ihn gelte dann die allgemein angeordnete Sperre nicht. Nun weiß man wenigstens, warum die oberste Leitung Mitgliedsliste angeordnet hat.

Nur Pg.'s bekommen Arbeit

Das Arbeitsamt Mannheim veröffentlicht in den Zeitungen mehrere Anzeigen, in denen Arbeiter aller Be-

rufe gesucht werden. Der Nachsatz ist gleichlautend bei allen Anzeigen folgender: Bewerber müssen Pg. sein und erstklassige Facharbeiter. Damit auch solchen Bewerber, die etwas schwer von Begriff sind und immer noch nicht gemerkt haben, daß die ganze nationale Revolution nur ein groß angelegter Sturmangriff auf die Futtertrappe ist, allmählich ein Licht aufgeht, gibt das Arbeitsamt offiziell bekannt, daß als „alte Parteigenossen“ nur solche angesehen werden können, die bis zum 31. Januar 1933 der Partei beigetreten waren. Mitgliedsbuch ist Trumpf! Da aber trotz der überwältigenden Erfolge in der Arbeitslosigkeit, noch nicht alle Pg.-Postenanwärter untergebracht werden konnten, schmeißt man jetzt auch aus den Privatbetrieben die „marxistisch verfehlten“ Elemente hinaus.

Fahrpreise herabgesetzt

Der Mannheimer Stadtrat beschloß dieser Tage, daß für Uniformierte der Fahrpreis auf der Straßenbahn für alle Strecken nur noch zehn Pfennig beträgt. Als Uniformierte gelten: Angehörige der Reichswehr und der Marine, der SA, der SS, des Stahlhelm, des Arbeitsdienstes, des Luftschutzes, Amtswalter und Mitglieder der freiwilligen Sanitätskolonnen sowie der Hitlerjugend. Die Mitgliedschaft in der Hitlerpartei führt an sich zu rentieren. Vermutlich deckt der Oberbürgermeister von Mannheim, ein gewisser Henninger — bankrotter Fabrikant — das entstehende Defizit durch Erhöhung des Fahrpreises für „Zivilpersonen“.

Neue Ehrenzeichen

Der Gauleiter und Reichsstatthalter erläßt eine Verordnung, nach der an alle Pgd., die vor dem 27. Oktober 1929 der Partei beigetreten sind, ein Ehrenzeichen verliehen wird, ebenso an alle Nazis, die schon vor dem 9. November 1923 durch Mitgliedsbuch legitimierte Mitglieder des Hitlerreichs waren. In der amtlichen Mitteilung wird allerdings nicht angegeben, in welcher Weise dieses Ehrenzeichen an den früheren badischen Reichstagsabgeordneten Lenz und späteren Gauleiter von Hessen auszugeben wird, der sicherem Vernehmen nach in einem der vielen Konzentrationslager untergebracht wurde, weil ihn Hitlers Programmverrat zur Revolte gegen die Karlsruher Jungen trieb.

Wir halten durch!

Während sich die Herren in Karlsruhle in schweren Krämpfen winden, die ihnen die Angst vor dem kommenden Winter besorgt, halten unsere Gesinnungsfreunde den Drangsalierungen des Systems wacker stand. In unserem Städtchen ist jedenfalls noch keiner der alten Freunde desertiert. Wir halten durch!

Freiheit! Euer alter Freund Hochwächter,

Neue „gelbe Gefahr“

Das Schwerkrieg der Textilindustrie der Welt verlagert sich immer deutlicher nach Ostasien. Der gelbe Erdteil hat in seinem Baumwollkonsum für die Spinnereien Amerika schon längst eingeholt und in etwa zwei bis drei Jahren dürfte Asien als Baumwollkäufer auch vor Europa an der ersten Stelle unter allen Erdteilen stehen. Die Preise der japanischen Baumwollwaren sind so niedrig, daß die europäische Konkurrenz gegen sie auf den großen Exportmärkten Asiens und den Randgebieten des Pazifischen Ozeans schon seit langem nicht mehr aufkommen kann und das Wort von der gelben Gefahr an den Textilmärkten ist daher wirklich keine Phrase, sondern eine zahlenmäßig präzis zu belegenden Tatsache.

Die besondere Schwierigkeit dieses vielleicht größten Exportproblems für die europäischen Textilindustrien liegt nun darin, daß die Japaner in ihren Spinnereien Arbeitsbedingungen haben, die die Löhne als Unkostenfaktor auf ein äußerst geringes Minimum beschränken. Die in Japan herrschenden Arbeitsbedingungen, die man von reichsdeutscher Seite neuerdings geradezu bewundernd als einen „disziplinierten Arbeitsdienst“ bezeichnet, liegen hart an der Grenze des Begriffs der Sklaverei und sichern den Japanern einen von Europa und Amerika überhaupt nicht einzuholenden Vorsprung. Auch die riesigen Dividenden der japanischen Textilfabriken finden fast reißlos in diesen Arbeitsbedingungen ihre Erklärung. Nach den Berichten eines führenden englischen Textilfachmannes Barnard Ellinger sind 80 Prozent der Arbeitnehmer in der japanischen Baumwollspinnerei und -Weberei weiblichen Geschlechts und zwar unverheiratete Mädchen zwischen 14 und 18 Jahren. Diese Mädchen werden drei Monate angelehrt, um dann in der Regel drei bis vier Jahre in der Fabrik zu bleiben. Sie leben in Mädchenheimen, die den Fabriken gebühren. Im Jahre 1930 arbeiteten sie tageweis durchschnittlich neun Stunden und zweihundertfünfzig Minuten. Sie sind in der Woche sechs und häufig auch sieben Tage lang beschäftigt. 1931 betrug die Löhne 21 Yen per Monat, oder zum damaligen Kurse rund 10 Reichsmark; ca. 80 tschechische Kronen in der Woche. Davon ist ein erheblicher Betrag für Essen und Trinken abzuführen. Inzwischen dürften die Löhne noch weiter abgebaut worden sein und selbst wenn sie in ihrem Nennwert unverändert geblieben sein sollten, so wäre mindestens die außerordentlich scharfe Entwertung des Yens zu berücksichtigen. Wenn ein deutscher Experte auf die ausgezeichnete Behandlung und Erziehung dieser jungen Mädchen in besonderen Fabrikaschulen hinweist, so liegt immerhin die Frage nahe, wann denn diese hervorragende Erziehung bei einer fast zehnjährigen, auch sonntagslichen Arbeitszeit stattfinden soll. Angeblich lernen sie Lesen, Schreiben, Rechnen, Zeichnen, Kochen, Nähen und sonstige Haushaltsarbeiten, wobei die körperliche Ermüdung nicht unberücksichtigt bleibt. Ja, in diesem Gutachten hält der begeisterte Sachverständige es sogar ausdrücklich für fraglich, ob die teuren Haushaltsschulen in Europa ihren Zöglingen eine bessere Erziehung und mehr Freiheit bieten. Wie sehr die japanische Textilindustrie um das Wohl ihrer Arbeitskräfte bedacht sein muß, geht schließlich aus folgender Bemerkung hervor, die dieses System als „disziplinierten Arbeitsdienst“ schon ganz deutlich auch als Ideal für andere Länder hinstellt: Die Konkurrenz, eine hinreichende Anzahl junger Mädchen zu erlangen, ist allein eine Garantie für ihre gute Behandlung und die Fabrikanten verankerten eine lobenswerte Jagd um den besten Stand der Wohlfahrt.

Der oben erwähnte englische Experte Barnard Ellinger begnügt sich übrigens nicht mit den geheime Wünschen seines Kollegen, sondern er wird deutlicher, indem er vorschlägt, in Vancashire ähnliche Methoden einzuführen, um die verloren gegangenen Absatzgebiete in Konkurrenz mit Japan zurück zu erobern“. Das japanische Dumping sollte Europa und Amerika tatsächlich in mehr als einer Hinsicht nachdenklich stimmen, aber es muß doch recht fraglich bleiben, ob sich die beiden Experten dabei mit ihren merkwürdigen Schlussfolgerungen auf dem richtigen Wege befinden.

Trüber Ausblick

Die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 855) schreibt über die Teuerungswelle:

Die Textilwarenpreise sind erst seit April gestiegen. Die Preiserhöhung bleibt hinter der der Rohstoffpreise beträchtlich zurück. Gegenwärtig schafft der frühzeitige Ausbruch der Textilwarenpreise Gefahren erneuter Konjunkturrückschläge. Wenn die mit einer Zunahme der Produktion verbundene Kostensenkung nicht den Konsumenten zugute kommt, muß eine Kaufkraft ertritten, die den Mengenverringeringsschlag beeinträchtigt. Die freien Preise, die leinerezeit besonders früh und scharf zurückgegangen waren, haben sich stärker als die gebundenen Preise erhöht.

Das Charakteristische der gegenwärtigen Bewegung besteht darin, daß Preisbindungen auf solchen Gebieten der Industrie durchgeführt werden, die bisher als freie Marktgebiete galten (aber offenbar inzwischen kartellisiert sind). Die freien Preise sind von 45,1 im Juli 1932 auf 52,1 im Juli 1933 (1926 gleich 100) gestiegen und haben allerdings im August wieder auf 50,8 nachgegeben. Die Indexziffer der gebundenen Preise hat sich von 89,5 im Juli auf 88,7 im August erhöht.

Die Steigerung der gebundenen Preise kann allgemeinwirtschaftliche Gefahren in sich bergen, wenn ein Preissturz das Ansehen praktisch beherrscht. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß zu frühe und zu starke Preissteigerungen nicht der erhofften Zunahme der Erlöse sogar eine bereits eingetretene Belebung des Mengenabfalls zerbrechen kann.

Abwärts!

In der Weberei und Spinnerei Teilkonjunktur vorüber

Der Gesamtverband Deutscher Baumwollwebereien e. V., Berlin, berichtet: In der Baumwollweberei wies der Monat August die übliche saisonmäßige Stille auf. Eine schwach fühlbare Belebungseignung ist durch die amerikanischen Wirren im Keime ersicht worden; der infolge dessen starken Schwankungen ausgesetzte Baumwollmarkt sowie der Dollar nahmen eine Tendenz nach unten an. Die Unsicherheitsfaktoren dürften es wohl zuzuschreiben sein, daß der Auftragsbestand im August wesentlich zurückging und vielfach sogar hinter der durch die Jahreszeit bedingten und zu erwartenden Größe zurückblieb. Es wurden im allgemeinen nur kleine Verkäufe gefällig.

„Brechung der Zinsknechtschaft“

Vollständiges Versagen in der Zinspolitik

Die „Frankfurter Zeitung“, deren R. K. im politischen Teil verlegene Ironie auf Hitler anstimmte, singt im Handelsteil Klagelieder auf die Kapitalmarkt- und Zinspolitik, die sich wirtschaftlich verheerend auswirkt. Das Blatt (Nr. 850/81) schreibt:

Die Regierung hat sich verschiedene Male für eine organische Zinspolitik ausgesprochen. Sie will also keinesfalls das Brüning'sche Experiment einer Zwangs-konversion der langfristigen Schulden wiederholen, obwohl sie vielleicht noch mehr als frühere Regierungen eine Entlastung der Wirtschaft von der Zinslast her wünscht. Nicht minder wichtig aber als Zinsverbilligung ist es, überhaupt wieder eine Möglichkeit zur langfristigen Kapitalversorgung zu erschließen.

Heute können selbst beste Kreditnehmer weder für Neuinvestitionen noch für Konsolidierungszwecke langfristige Mittel zu annehmbaren Bedingungen erlangen.

Die Verringerung der Lage des Kapitalmarktes, die am deutlichsten in der Senkung des Rendite-Niveaus der festverzinslichen Werte zum Ausdruck kam, hat nach dem beachtlichen Anlauf in der zweiten Hälfte 1932 und zu Beginn dieses Jahres in den letzten Monaten keine weiteren Fortschritte gemacht, vielmehr ist im Gegenteil ein Rückschlag eingetreten. Die Rendite erstklassiger Pfandbriefe errechnet sich (ohne Berücksichtigung des Rückzahlungsausfalls) auf etwa 8 Prozent, und etwa ebenso hoch ist sie bei einzelnen Reichsbankpapieren (Schuldbuchforderungen). Für Emissionen, die vom Gesichtspunkt der auf laufende Rente lebenden Anleger unglücklich konstruiert sind — wie z. B. die Steuergutscheine — oder die als weniger erstklassig angesehen werden — wie z. B. viele Kommunalanleihen — stellt sich die Verzinsung sogar noch weit höher. Lediglich Papiere, die gewissermaßen ein Mittelglied zwischen Geldmarkt- und Kapitalmarktanlagen darstellen (Schatzanweisungen der Post, Preussens usw.), weisen eine um etwa 6 Prozent liegende Rendite auf.

Betrachtet man demgegenüber den Reichsbankdiskont von 4 Prozent oder den Privatdiskontsatz von 7/8 Prozent, so

zeigt sich eine ungewöhnlich breite Kluft zwischen den Zinssätzen des Geld- und Kapitalmarktes.

Dah sie ungewöhnlich ist, das geht zunächst rein historisch aus einer Betrachtung der Verhältnisse hervor, die man im Deutschland der Vorkriegszeit gewohnt war. Nicht minder unnatürlich aber erscheint das abnorm hohe Zinsniveau des Kapitalmarktes unter Berücksichtigung dessen, daß die Krise die Nachfrage nach neuem langfristigen Kapital fast ausgelöscht hat. Der Unternehmer kann sich bestenfalls mit 7 bis 8 Prozent langfristig verschulden, während an vielen Stellen der Wirtschaft ein Ertrag in dieser Höhe nicht zu erzielen ist. Solange langfristiges Kapital einerseits äußerst spärlich, andererseits überhaupt nur zu prohibitiven Zinssätzen erhältlich ist, sind der Investitionstätigkeit der privaten Unternehmer enge Grenzen gezogen. Daß die deutschen Unternehmer von 1925 bis 1928 trotz ähnlich hoher Zinssätze die Aufnahme langfristigen Fremdkapitals nicht scheuten — eines Fremdkapitals, das infolge der Heranziehung von Auslandsgeld übrigens reichlich floß — spricht nicht gegen diese These. Die Kostenverbilligung, die aus der Modernisierung und Rationalisierung der Werke erwartet werden durfte, konnte eine solche Politik immerhin rechtfertigen. Daß die damals angelegten Kalkulationen sich infolge der Krise vielfach als falsch erwiesen haben, würde die Lust der Unternehmer zur Wiederholung dieses Experiments auch dann nicht sehr groß gestalten, wenn die Kapitalmarktanlage lediglich durch ein hohes Zinsniveau und nicht auch durch Unergiebigkeit gekennzeichnet wäre.

Die „Frankfurter Zeitung“, die ihre Untersuchung des Problems fortzusetzen verspricht, fordert zunächst:

„Stärkung des Vertrauens, Fernhaltung aller Faktoren materieller und psychologischer Art, die dieses Vertrauen erneut erschüttern könnten, ist zweifellos das A und O jeder Kapitalmarktspolitik.“

Demnach scheint es trotz aller „Totalität“ des Staates und trotz allem geschaukelten Optimismus mit dem Vertrauen in die Wirtschaft bedenklich zu bapern.

Der Arbeitsausfluß der Deutschen Baumwollspinnerverbände berichtet: In allen Sparten der Baumwollspinnerei war von Beginn des Monats August an eine fortschreitende Verminderung des Auftragsbestandes zu verzeichnen, die sich bis zum Schluß des Monats mehr und mehr verstärkte. Der Abruf auf sich webende Lieferkontrakte blieb durchwegs ziemlich auf dem Nullniveau, so daß im allgemeinen die Beschäftigung des Vormonats eingehalten werden konnte.

Linoleum

Bei der Deutschen Linoleum-Werke A. G., Berlin, hat sich im Geschäftsjahr 1933, nachdem in den ersten drei Monaten bei erneut rückläufigen Preisen eine weitere Umsatzminderung eingetreten war, in den darauf folgenden Monaten eine Besserung des Geschäftsganges durchsetzen können. Durch die infolge der Regierungsmassnahmen belebte Bautätigkeit habe sich auch der Absatz in Linoleum bei der Gesellschaft geboben. Allerdings lassen die Preise noch zu wünschen übrig. Im Auslandsgebiet sei die Konkurrenz in einzelnen Ländern weiter recht hart. Besonders in England sei infolge verstärkter amerikanischer Konkurrenz der Absatz nur zu Kampfpreisen möglich, ebenso am französischen Markt.

Die Ruhrkohle im August

Während der Gesamtbrennstoffverband im August eine kleine Zunahme anweist, ist der arbeitstäglige Versand in Auswirkung der vorausgegangenen Vorratsabzüge an Hausbrand etwas zurückgegangen. Insgesamt wurden für Brennstoff im August 431.856 (424.087) oder arbeitstäglich 15.753 (15.882) Wagen zu 10 Tonnen gestellt. Gegenüber August 1932 hat der Brennstoffverband auf dem Bahnwege um arbeitstäglich 1742 Wagen zu 10 Tonnen oder 12,7 Prozent zugenommen. Die Absatzschwierigkeiten in den einzelnen Sorten hielten auch im August an. Die Zahl der mit solchen Brennstoffen täglich auf den Straßen beladen abgestellten Wagen bewegte sich zwischen 7000 und 8000.

Gewinne rassereln

Arierparagraph für Unternehmer von Privatlotterien

Der preussische Innenminister hat, wie III. meldet, die Oberpräsidenten ersucht, die Bestimmungen des Gesetzes für die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums sinngemäß auch auf die zur Durchführung von Privatlotterien zugelassenen Unternehmer anzuwenden. Hinsichtlich der staatlichen Lotterievernehmer hat bekanntlich eine Nachprüfung über das Vorliegen der Voraussetzungen dieses Gesetzes bereits stattgefunden.

Die Gefoppten

Begeisterung befreit nicht vom Steuerzahlen

Unter der sinnigen Ueberschrift „Begeisterung befreit nicht vom Steuerzahlen“ geht die „Völkische Beobachter“: Es ist eine alte Erfahrung, daß Änderungen des Regierungssystems in weiten Kreisen aus dem Grund besonders begrüßt werden, weil man hofft, in erster Linie von lästigen Zahlungsverpflichtungen befreit zu werden. Selbst wenn die Regierung durch ein Finanzwunder in die Lage käme, auf solche Zahlungen verzichten zu können... dann müßte zunächst gezahlt werden. Rückzahlung könne immer noch erfolgen.

Und die Däphterten, die Jahr um Jahr, landauf, landab, mit kommenden Steuererlassen durch die Nazis beschwindelt worden sind, haben inzwischen Zeit, sich ein bißchen die Augen zu reiben.

Wirtschaftsbesserung eine Illusion

Berlin, 13. Sept. (Jupress.) Im letzten Wochenbericht schreibt die „Berliner Handelsgesellschaft“: Solange der Wirtschaftsoptimismus, der sich da und dort eingestellt hat, keine Kräftigung durch das Vertrauen in die Währungs- und Kreditverhältnisse erfährt, müssen alle Hoffnungen auf eine grundlegende Besserung der Wirtschaftslage als illusorisch bezeichnet werden.

Opel gut beschäftigt

Dennoch Rückgang gegenüber den Vormonaten

Die Adam Opel A. G. hat im Frühjahr 1933 ihre Gesamtbeschäftigung von 6000 auf 10.000 Köpfe erhöht. Mal bis August waren sämtliche Betriebe voll, einige sogar in zwei und drei Schichten beschäftigt. Entgegen allen bisherigen Erfahrungen ist die Absatzkurve durch die sonst gegen Sommerende allgemein einsetzende stille Zeit kaum beeinflusst worden. Im Juli — im Ferienmonat — liegt sie, was sonst nicht der Fall war, über dem Juni und im August nur um etwa 10 Prozent unter dem Juli. Insgesamt hat Opel im ersten Halbjahr 1933 auf dem deutschen Markt 70 Prozent mehr Wagen absetzen können als im ersten Halbjahr 1932. Der Absatz der Monate Juli und August 1933 liegt sogar um 170 Prozent über den entsprechenden Vorjahresmonaten. Wie die Verwaltung mitteilt, sind die Betriebe auch noch weiterhin gut beschäftigt. Bereits jetzt sind umfangreiche Reinvestitionen und wichtige Erweiterungen der Rüsselsheimer Fabrikbetriebe im Gange, die für Saisonrückgänge im Automobilabsatz den nötigen Ausgleich schaffen und eventuell nötige Arbeitsbeschränkungen auf ein Minimum beschränken. Die Verwaltung erhofft im kommenden Jahr eine noch nachhaltigere Wirkung der Regierungsmassnahmen auf die Entwicklung des Kraftverkehrs.

Der hat es nötig!

Karl Lohsen, einer der beiden Nordmoll-Bankrotteure, die jetzt in Bremen abgeurteilt werden sollen, hat am Mittwoch auf Vorhaltungen des Staatsanwalts hin „mit erhobener Stimme“ folgendes erklärt:

„Die Anklageschrift ist in einer ganz anderen Zeit entstanden, in der Zeit der liberalistischen Idee mit ihrer Betonung der Geldherrschaft. Wir leben heute in einer Zeit, in der der schaffende Mensch im Vordergrund steht.“

Wollte sich dieser „Schaffende Mensch“ selber erhöhen? Das liberalistische Zeitalter „mit seiner Betonung der Geldherrschaft“ hat den Lohsens Stufen zum märchenhaften Aufstieg gebaut. Jetzt, wo sie 200 Millionen unterschlagen, verbaut und verprakt haben, stellen sie sich dem Gerichtshof sozusagen als verhinderte Sozialisten vor.

Aber vielleicht paßt diese Ironie genau für das „dritte Reich“.

Juden im „Reichsstand“

Mitglieder, aber ohne Einfluß

Nachdem vor einiger Zeit die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels grundsätzlich zur Frage der Mitgliedschaft von jüdischen Firmen in den Verbänden und Vereinen des Einzelhandels Stellung genommen hat, hat nunmehr auch der Reichsstand des Handels in einem Rundschreiben die Frage der Juden und Ausländer, soweit sie den Reichsstand des Handels in organisatorischer Hinsicht betreffen, behandelt. V. P. Präsident des Einzelhandels heißt es darin:

„Die nationalsozialistische Bewegung betrachtet die Juden als Gastvölk, denen es gestattet ist, in Deutschland Handelsgeschäfte zu betreiben. Aus dieser Einstellung ergibt sich logisch, daß Juden und Ausländer nicht in die Leitung deutscher Handelsverbände, auch nicht als Geschäftsführer, hinein gehören; wohl aber als Mitglieder in die Fachverbände. Solange seitens der Regierung keine anderen Richtlinien gegeben werden, sind Aufnahmegebühren ausländischer oder jüdischer Firmen in die Fachverbände nicht abzulehnen; es sei denn, daß man ihnen von vornherein schon unehrenhafte Handlungen nachweisen kann. Mitglieder jüdischer oder ausländischer Herkunft sind auch zu den Mitgliedsverhandlungen einzuladen. Sachliche Anträge sind zu beantworten, eventuell vorkommende Ueberraste unglücklicher Art zu unterbinden und derartige Missetäter aus den Versammlungen zu entfernen. Dieses gilt natürlich nur für die frei-wirtschaftlichen Verbände, keinesfalls haben Juden oder Ausländer zu irdenwärtigen Organisations der deutschen nationalsozialistischen Bewegung Zutritt. Es wird empfohlen, daß die christlichen Firmen sich das Warenzeichen mieten, welches durch die SA. zur Ausgabe gelangt.“

Deutsche Stimmen

Feuilletonbeilage der „Deutschen Freiheit“ * Samstag, den 16. September 1933 * Ereignisse und Geschichten

Ein Gauch ist unter uns

Der nordische Mensch ist kufähig - die anderen „überhaupt keine Menschen“

In den „Rassenforscherbüchern“ der deutschen Buchhandlungen steht man auch ein Buch „Neue Grundlagen der Rassenforschung“ von Hermann Gauch. Was hat dieser braune Gauch der Welt mitzuteilen, welche neuen Grundlagen der Rassenforschung hat er gefunden? Wir bitten:

Bei den nicht nordischen Menschen stehen entsprechend der Vorschauigkeit des Oberkiefers die Zahnwurzeln mehr schief wie beim Tier... Die mahlen- den Raubbewegungen des nordischen Menschen lassen das Kauen bei geschlossenem Mund erfolgen, die pressenden des andersartigen Menschen neigen aber wie beim Tier dazu, zu schmaugen.

Doch der nordische Mund vermag noch mehr. Wie die rote Farbe aufreizend wirkt, so auch der hellrote Mund des nordischen Menschen reizend, indem er zum Rüssen und darum zum Liebeswerben reizt. Er steht ansprechend und gleichsam kufähig aus.

Dagegen zeigt bei Nichtnorden der breite, dicklippige Mund im Verein mit den aufgeworfenen, breiten Kahlköchern die sinnliche Gier, das Schadenfrohe und falsche Grinsen, das genußsüchtige Einschlürfen.

Das Reden mit den Händen und Füßen ist kennzeichnend für den Nichtnorden, während der nordische Mensch ruhig steht, eher die Hand in der Hosentasche hat.

Ausgesprochenes Schamgefühl finden wir nur in der nordischen Gestalt, die schon die Geschlechtsstelle die Scham benennt. Der dunkelhäutige Mensch kann auch äußerlich kaum schamhaft erröten.

Bei den nordischen Menschen findet sich eine Veranlagung für die Reinlichkeit im Innern und Äußern... der nichtnordische Mensch lebt immer im Schmutz, wo er unter feinesgleichen ist.

Die nordische Frau entspricht dem Stillgestanden unserer Uebungsvorschrift. Nur bei der Brust des nordischen Weibes, und das auch bei herabhängenden Armen, finden wir die kräftige, stehende Brustbrüste mit der Halbkugelform als die höchstmögliche Erhebung eines in waagrecht Ebene entspringenden Weichtelles in die Höhe.

Der nichtnordische Mensch nimmt eine Zwischenstellung zwischen nordischen Menschen und den Tieren, zunächst den Menschenaffen, ein. Er ist darum kein vollkommener Mensch, er ist so überhaupt kein Mensch im eigentlichen Wortsinn zum Tier, sondern eben nur ein Uebergang dazu, eine Zwischenstufe. Besser und treffender ist aber die Bezeichnung Untermensch.

Der nichtnordische Mensch ist also überhaupt kein Mensch. Er grinst falsch und schadenfroh. Er lebt im Schmutz und redet mit Händen und Füßen. Im „dritten Reich“ pflegt er, schlau wie er ist, als SA-Führer oder Minister aufzutreten. Die Qualitäten des nordischen Menschen hingegen sind Interschnauigkeit, Kufähigkeit und höchstmögliche nationale Erhebungen der Weichtelle in die Höhe; außerdem hat er die Hand in der Hosentasche. Die Tiere Beethoven, Michelangelo, Dostojewski, typische Vorkämpfer, hatten offenbar die Hand zu wenig in der Hosentasche.

Wahnsinn mit Methode

Der Vetter des Aufklärungsdomes für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege schreibt:

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen einzelne Zeitungen in dem an sich begrüßenswerten Bestreben, zur rassenbiologischen Erziehung unseres Volkes beizutragen, Bücher über einschlägige Fragen durch Besprechung fördern

Musik und Politik

Zur Naturgeschichte der Killeeschen Demagogie

Russ hat in der Nazi-Bewegung seit jeher eine große Rolle gespielt. Ohne Militärparaden und Orchesterinstrumente wäre die Massenpsychose ihrer Anhänger nicht zu erzielen gewesen. Jetzt aber muß! - Russ! sogar dazu herhalten, um Hitlers Diktatursystem zu begründen! In seiner Nürnberger Schlussanrede bediente sich der Reichskanzler Hitler folgenden Bildes:

„So wenig sich der Unmusikalische verlegt oder beleidigt fühlen wird, weil er nicht Musik macht oder ein Orchester dirigiert, so wenig könne auf einem anderen Gebiet (gemeint ist das politische) die Befähigung der leitenden Köpfe durch die Befähigten, d. h. die besonders dazu Geborenen (gemeint sind Hitler und Genossen) als Zurücksetzung der auf diesem Gebiete nicht Befähigten empfunden werden.“

Mit diesem Bild will der große Demagoge den Massen ihre politische Entrechtung im „dritten Reich“ plausibel machen. Aber es beweist nur die Oberflächlichkeit seines Denkens und die Urteilslosigkeit seiner Anhänger. Denken wir einmal seinen Vergleich zu Ende:

Wie ist es mit der Musik? Es gibt da drei Arten von Menschen: Erstens die ausübenden Künstler, zweitens das musikerfähige Publikum, drittens die gänzlich uninteressierten Unmusikalischen. Die dritte Kategorie scheidet natürlich für die Gestaltung des Opernprogramms völlig aus, für sie ist die Frage Bach oder Beethoven, Verdi oder Wagner so gleichgültig wie das Wetter am Konator. Die zweite Kategorie, die musikalisch veranlagten Menschen, bestimmen dagegen dauernd darüber, wessen Musik sie hören wollen und wessen nicht. Ihr „Stimmzettel“ ist das Opern- und Konzertbillet. Findet dieses Publikum, daß Herr Adoll ein miserabler Dirigent und Herr Joseph ein seelenloser Titeltant ist, dann besucht es die Konzerte von A' H und Joseph nicht mehr. Es geht dann in Konzerte, wo ihm bessere Musik geboten wird. Die Frage, wer diri-

giert, wer geliebt, wer singen darf, wessen Opern, wessen Konzerte gespielt werden, entscheidet sich also im Wege einer sortierten demokratischen Abstimmung des musikliebenden Publikums. Deswegen fällt es Herrn Müller, der dreimal im Winter den Lobengrin besucht, nicht im Traume ein, selber den Lobengrin singen zu wollen! Aber taufen Müller, die wie er den Lobengrin besuchen, erzwingen durch das Vorum ihres Biletkaufes, daß diese Oper häufig auf den Spielplan gesetzt werden muß. Der Bühnenleiter, der dies Verlangen seines Publikums mißachtend, etwa statt des „Lobengrin“ den „Wanderer“ des Herrn Göbbels auf den Bettel setzen wollte, würde durch leere Häuser und finanziellen Ruin bald darüber belehrt werden, daß sich in der Musik die Auswahl von Werken, Künstlern, Solisten, Dirigenten nach einem demokratischen Prinzip, nicht nach den diktatorischen Befehlen eines Operngewaltigen vollzieht.

Das aber will Hitler? Hitler will das Publikum zwingen, gerade den Dirigenten Adoll und allein den Dirigenten Adoll zu hören. Er nimmt ihm jedes Recht und jede Möglichkeit, vergleichsweise die Konzerte anderer Dirigenten zu besuchen. Er springt mit dem Volke um nicht wie ein Konzertleiter mit einem musikerfähigen, sondern wie mit einem gänzlich unmusikalischen Publikum. Der Mann aus dem Volke verlangt gar nicht, wie ihm Hitlers Vergleich unterstellt, persönlich Reichskanzler zu werden! Aber, genau wie der Konzertbesucher, will er, daß bei der Wahl des Dirigenten, der Zusammenstellung des Programms, der Befehle der Soli seinem Geschmack und Empfinden Rechnung getragen wird. Er verlangt es mit einem noch viel größeren Recht als der Konzertbesucher.

Bei der Musik handelt es sich um ein rein ästhetisches, nicht lebenswichtiges Interesse. Der Staat aber entscheidet über die Lebensstraßen fast jedes Menschen, und zwar um so mehr, je totaler er seine Macht über die Einzelindividuen ausdehnt. Hitlerstaat bekommt niemand Arbeit oder Essen, wenn der Staat es ihm verweigert. Der Staat beansprucht das Recht für sich, den einzelnen unter Umständen unersuchbar zu machen. Er bevormundet ihn in den

Seht die Köpfe...

Die Physiognomie des Führer

Die immer kühl-objektive Walter „National-Zeitung“ schreibt am 18. September:

„Wer die lähne und verwegene Politik der Männer des „dritten Reiches“ mit den Köpfen der Photos vergleicht, die der „Illustrierte Beobachter“ aus Anlaß des Nürnberger Parteifestes in einer dicken Extranummer veröffentlicht, könnte an den Lehren der Physiognomik irre werden - es sei denn, was kaum wahrscheinlich ist, ein geschworener heimlicher Feind des Regimes habe diese Bilder gefälscht und dann noch retouchiert. Große und lähne Gedanken und Impulse prägen sich auch auf den Köpfen aus, ward etwa nicht immer so, was für Köpfe hatten die alten Römer, die Italiener der Renaissance, die Franzosen der Revolution und des ersten Kaiserreichs und wie ist Bismarck, ist Lenin, ist Mussolini? Anlaß mit großem Ausdruck, mit „Rasse“ geladen! Unter zehn Köpfen, wie sie der „Illustrierte Beobachter“ abbildet, ist jedoch oft nicht einer, von dem sich sagen ließe, Donnerwetter, der hat Rasse, im Gegenteil, das Merkmal fast aller dieser Köpfe ist die vollendete Rasselosigkeit, der absolute physiognomische Zufall, diese Köpfe sind höchstens das getrene Abbild der großen physiognomischen und biologischen Zersplitterung und Verwirrung, in der die Herren des neuen Staates selbst das Kernstück aller deutschen Uebel, die größte deutsche Gefahr überhaupt erblicken und die für immer auszutüpfen sie sich jetzt anheißig machen mit Mitteln, welche die außerdeutsche Welt mit einem Gemisch von Stöhnen, Ironie, Entrüstung und unverhobener Furcht quittiert.“

Wer sich die Köpfe im „Illustrierten Beobachter“ und auch sonst in Bilderzeitungen und Erinnerungsalben anschaut, kann es kaum fassen, daß ihre Träger wirklich die Männer sein sollen, die der europäischen Umwelt seine machen, wie man ihr wahrscheinlich seit den Tagen der französischen Revolution nicht mehr seine gemacht hat. In der Tatsache der Physiognomielosigkeit der Führer steht der Betrachter freilich auch wieder einen Beweis für die Echtheit und für den Tiefgang dieser deutschen Umwälzung, dieser großen anonymen seelischen Wägung und ihres endlichen Ausbruchs, die sich, Wägung wie Ausdruck, offenbar gerade die Unheimlichkeit als Werkzeug ausfuchten.“

Dies irae

Es kommt der Tag der Rache, fürwahr, er kommt einmal für die gerechte Sache, für unsre Not und Qual.

Dann gibt die Wahrheit Kunde, wer für und mit uns war, und alle Lumpenbunde, die werden offenbar.

Dann haben wir gelitten umsonst für Freiheit nicht und nicht umsonst gestritten den Kampf für Recht und Licht.

Es kommt der Tag der Rache fürwahr, er kommt einmal für die gerechte Sache, für unsre Not und Qual.

Hoffmann von Fallersleben (Der Dichter des Deutschland-Liedes).

Keller des Polizeistaats

Am ersten Oktober werden in Deutschland die Kunst- ausschüsse neugebildet. Ihr Arbeitsgebiet soll sich auch auf die Wissenschaft erstrecken. Mit aller Strenge soll in Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz gegen „volksverfehlende Elemente“ (also antisozialistische Elemente) vorgegangen und „das öffentliche Leben von allen zersetzenden Erscheinungen befreit“ werden. Wertwürdige Verwirrung der Begriffe: die Einengung und Einschränkung der Geistesfreiheit nennen die neuen Machthaber: Bestiehung.

Er lächelte Gewährung

Die Sehnsucht der Jugend

Ueber den Aufmarsch der Jugend in Nürnberg schreibt der „Völkische Beobachter“ in seinem Bericht: „Es klappt wie am Schnürchen, und für einen alten Soldaten ist es eine Freude zu sehen, was diese Jungen in freiwilliger, gerngewählter Disziplin leisten können. Es sind geborene Soldaten, diese jugendlichen sehnigen Gestalten im braunen Ehrenkleid... Bis zum kleinsten Jungen des Jungvolks, der mit den großen noch nicht so recht Schritt halten kann, besetzt sie nur der eine Gedanke: „Heute dürfen wir unsere Fahnen vor den Führer tragen.“ Die Begeisterung der Jugend übertrifft die Nieslautsprecher. Der Führer lächelt... Gewährung.“

Man wäre versucht, den Egoismus, der sich hier zeigt, zu belächeln, wenn man nicht wüßte, daß eine genau so vernebelte deutsche Jugend in den Wäldern von Langemarck schreiend und heulend verstarb.

„Hauptmann von Köpenick“

Nach 27 Jahren noch staatsgefährlich

Die Amsterdamer Theaterunternehmung „Saalborn“, die die holländische Provinz mit Juchmayr „Hauptmann von Köpenick“ bespielt, erhielt ein Schreiben des deutschen Propaganda ministeriums, in dem sie aufgefordert wurde, die Aufführungen sofort abzubringen. Saalborn hat der Aufforderung entsprochen, um das Aufführungrecht anderer deutscher Stücke nicht zu verlieren.

Die Groteske, daß ein Hochstapler, der sich ein paar Soldaten von der Strafe bei der Beschlagnahme einer Stadt fassete, Erfolg hat, reussiert, darf nicht gezeigt werden. Es könnte zu Kombinationen verführen, die Hitler und Göbbels unangenehm sind.

privatsten Dingen, in der Wahl des Ehegatten, in der Frage der Kindererziehung. Er zwingt den arbeitslosen Büroangestellten, bei Strafe des Verbüßens, als Zwangsarbeiter Moore zu kultivieren und Sämpfe zu drainieren. Er entsernt Hunderttausende von weiblichen Angestellten von ihren Arbeitsplätzen und zwingt sie, ohne einen Pfennig Einkommen sich von ihrer Familie durchfüttern zu lassen. Er rüstet das Arbeitsverhältnis, setzt Arbeitszeiten und Löhne fest, entzieht und kürzt Unterhaltungen usw.

Reint nun Herr Hitler wirklich, die Frage, wer diesen allwichtigen Staat lenkt und in welchem Geiste er gelenkt wird, sei für den einzelnen genau so gleichgültig wie für einen gänzlich Unmusikalischen die Frage, ob am Abend Wagner oder Verdi in der Musik gespielt wird? Nun, in Staatsfragen ist jeder „musikalisch“, sogar „hochmusikalisch“, denn es geht nicht nur um die Frage seines persönlichen, sondern um seine gesamte Leibliche und geistige Existenz. Darf ich mir aber in einer so harmlosen Angelegenheit, wie in der Musik, nach meinem eigenen Urteil ausüben, wessen Kunst ich hören will und wessen nicht, wie viel mehr muß dann in einer so lebenswichtigen Frage wie in der der Leitung der Gesamtinteressen dem einzelnen das Recht der Mitbestimmung und Mitwirkung eingeräumt werden!

So läßt Hitler's demagogischer Vergleich, zu Ende gedacht, auf ein glattes Verdammungsurteil seiner diktatorischen Regierungsmethode hinaus!

Paris

Für 15 Fr. monatlich stehen Ihnen 3000 moderne deutsche Bücher zur Verfügung

Deutsche Leihbücherei

EDA, 10, RUE BLANCHE 10

(Trinité)

Zwei Morde

Von Walter Kell (Paris)

Das dem Deutschen sein SA-Mann und dem Yankee sein Gangster ist, das ist und bleibt dem Franzosen sein „cocu“: Ein Mensch, der immer Grund hat zu schießen. So fließt denn auch in diesem glücklichen Lande täglich ein Strom von Blut, nicht um des lieben Geldes und nicht um der hohen Politik willen, aber um Liebe . . .

Es gibt Tage, an denen man in den großen Blättern gleich fünf, sechs Schlachtberichte aus diesem sentimentalen Bürgerkrieg findet: M. Dupont hat seine Geliebte, Mme. Duval ihren Freund erschossen, Durand hat einen Nebenbuhler erledigt und Odette von ihrer Freundin eine Ladung Vitriol ins Gesicht bekommen . . .

In dieses ewige Feuerfeld vom Kampffeld der Liebe ist nun endlich eine erfrischende Abwechslung gekommen, die seit zwei Wochen ganz Frankreich in Atem hält:

Schauplatz der Handlung: Das alte, ehrwürdige Quartier Latin rings um die Fakultäten und den „Boul' Mich“. Personen der Handlung: Eine 18jährige Göre, ziemlich hübsch und sehr lebenslustig, verbraucht und verdorben durch ein bereits langes Liebesleben mit peinlichen Zwischenfällen. Ein etwa gleichaltriger Student, der sich von ihr mit dem Ertrag sonntäglicher Abenteuer „finanzieren“ läßt: Durchschnittlich 200 Franken pro Tag.

Handlung: Man vergiftet mir nichts dir nichts die alten Eltern, um zu erben. Während sie auf dem Todeslager röcheln, geht man tanzen . . .

Als die Sache herauskam, ging der Teufel los. Vergessen war Hitler, verschollen die Neo-Sozialisten, kein Hollywooder

Scheidungsprozeß konnte noch imponieren, keines Steuerzahlers Wehgeschrei wurde gehört, von allen Titelbildern, aus allen Zeitungspalten starrte, schrie und tobte: Das Verbrechen der Violette Rozieres. Hunderte von rasenden Reportern jagten tagelang durch Paris, Telefone schrillten, Federn spritzten, Schreibmaschinen klapperten und alles, alles hatte nur einen Sinn: Violette Rozieres. Jeder hatte sie gekannt, jeder erst kürzlich gesehen, jeder noch vorhin mit ihr gesprochen . . . und auch fast jeder einmal mit ihr geschlafen.

Und dann kam, ausgerechnet in diesen Tagen, kurz vor dem Höhepunkt dieser atemraubenden Affäre, aus Marienbad in der Tschechei die einfache Meldung, daß dort ein deutscher Professor, Theodor Lessing, ein bekannter und aufrichter Pazifist, von der Heime gekillt worden sei. Als ich die Kunde zum ersten Male in irgendeinem Blatt auf drei Zeilen fand, ging ich an den nächsten Kiosk und kaufte alle vorhandenen Zeitungen. Irgendwo muß doch da etwas stehen über diesen himmelschreienden Mord, irgendwo eine klammernde Anklage, irgendwo ein hallender Schrei der Empörung! Drei Zeilen, vier Zeilen, im günstigsten Falle sechs. Theodor Lessing von Nazis ermordet? Na, wenn schon. Interessiert und nicht. Haben andere Sorgen. Zutran, Zutran!! Neue Wendung in der Giftmord-Affäre! Violette Rozieres, Violette Rozieres, Violette Rozieres . . .

der Einbildung, vergiftet zu sein, zwar geheilt, nun trauert sie aber um den armen Stephan, dem sie zu Lebzeiten die Hölle bereitet hat.

Der Mann im Nest

Ein besseres Ende fand die Ehe eines jugoslawischen Bauern. Im Dorf Tulubra hat der Bauer Maneff sein kleines Anwesen. Er hat zwei Kinder und eine Frau, mit der nicht gut klarkommen ist. Ihre Unverträglichkeit ist im ganzen Dorke bekannt, und wenn sie ihre Tage hat, dann wirft sie dem Mann an den Kopf, was ihr unter die Hände kommt.

Vor vier Wochen bereitete sie ihrem Gatten wieder einmal die Hölle. Da wurde es dem Bauern zu bunt, er verschwand bei Nacht und war nicht mehr auffindbar.

Was ist mit dem Bauern Maneff geschehen? Hat er sich das Leben genommen?

Zwei Tage später bemerkte ein Dorfsunge in der Spitze des höchsten Baumes im Dorf ein riesiges Nest. Und darin lag still vergnügt der Bauer Maneff.

Wie ein Lauffeuer ging die Sensation durch das ganze Dorf. Die Bewohner glaubten, Maneff sei verrückt geworden, man wollte ihn vom Baum locken. Aber Maneff lachte und erklärte, er hasse die Erde und werde bis an sein Lebensende in dieser luftigen Wohnung bleiben.

Seither sind fast vier Wochen vergangen. Die Einwohner haben sich mit dem Nesthocker abgefunden und reichen ihm mit langen Stangen Nahrungsmittel hinauf. Es ist ihm nie so gut gegangen. Manchmal sieht seine Frau beim Baum und weint. Aber Maneff hört sie nicht.

Fröhliche Geschichten von Gaunern

Ladende Schwindler

Das kleine Automogelchen stoppt. Die Insassen können der Versuchung nicht mehr widerstehen, einen der schwer mit Früchten beladenen Kirschbäume am Wege zu erklettern. Sie wenden sich an den Mann, der einen der Bäume fleißig plündert. „Können wir hier auch ein paar Kirschern runterholen?“ — „Jawohl,“ erlaubt der Mann, „klettern sie man auf einen Baum raus!“

Die beiden lassen sich das nicht zweimal sagen. Bis sie nicht mehr können. Unten wieder angelangt, rufen sie dem freundlichen Manne oben in den Zweigen zu: „Vielen Dank auch! Dürfen wir dafür etwas zahlen?“

„Ja, Sie dürfen.“
„Gehören Ihnen die Bäume alle.“
„I wo, ist klar ja och!“

Im Osten Berlins eine kleine Gaststätte. Hier speiste viel hungriges Volk, denn das Essen war lauber und wohl-schmeckend. Ueber der Tür stand einladend auf dem Schild: „Wie bei Muttern zu Hause.“

Da lehrte auch einmal ein recht windiger Gefelle ein, ließ sich vom Besten austragen und verzehrte es mit gutem Appetit. Als er gesättigt war, nahm er gemächlich den Hut vom Nagel und wollte sich entfernen.

Der Wirt lief auf ihn zu und verlangte die Bezahlung der Zeche.

„Ja, wieso denn,“ meinte der Gast, „hier steht doch ausdrücklich: „Wie bei Muttern zu Hause“, und dort zahle ich auch nicht.“ Als der Wirt ihm hierauf seinen Standpunkt klarmachte und bereits die Hand an den Kragen des „Gastes“ legte, sagte dieser:

„Vielleicht haben Sie recht. Ich habe aber kein Geld. Als ehrlicher Mann will ich Ihnen aber drei Vorschläge machen. Erstens: Lassen Sie mich zehren. Ich beittle mir hier in der Nähe das nötige Geld zusammen, komme und bezahle. Zweitens: Wenn Sie mir aber nicht trauen sollten, so begleiten Sie mich auf meinem Beihelweg, bis ich die von Ihnen geforderte Summe zusammen habe. Drittens: Paßt es Ihnen aber nicht, sich mit mir öffentlich zu zeigen, so betteln Sie heute an meiner Stelle, bis Ihr verlangter Betrag zusammen ist, und zehren Sie wenigstens zu, daß für mich noch ein anständiger Rest bleibt.“

Zwei Sträflinge tuscheln auf dem Gefängnishof: „Wieviel Jahre?“ — „Jehn.“ — „Wofür?“ — „Dab' die Bank Raccare ausgeplündert!“ — „Komisch! Ich hab' fünf Jahre, weil ich sie gegründet habe!“

Eine halbe Stunde vor Heidenreichstein in Niederösterreich. An der Straße sitzt einsam ein alter Mann. Ich frage ihn nach dem Weg — so ergibt sich das Gespräch. Wer er sei? Und was er hier tue?

„Rix bin i,“ erzählte er, „arbeitslos bin i — un im Gemeindefotter sit i in Heidenreichstein — Unterfuchungshaf. Einen Briel war i tragen an den Herrn Tierarzt nach Gmünd, vier Stunden weit.“

„Und warum sitzen Sie in Unterfuchungshaf?“
„S wegen F i u c h t v e r d a c h t.“

Fontamara

ROMAN VON IGNAZIO SILONE

Marietta Sorcanera trat vor, legte die Hand aufs Herz, neben die silberne Medaille und sprach mit sehr gewählten Worten von dem Streich der Cantonieri, die den Lauf des Baches von Fontamara ableiten wollten.

„Wir sind überzeugt, daß die zuständige Regierungsstelle darauf bedacht sein wird, die Straßendärter wegen ihrer Willkür zu bestrafen,“ schloß Marietta.

„Wenn es sich um Willkür handelte, könnt ihr sicher sein,“ entgegnete sofort der Impresario, „daß ich sie zu unterbinden möchte. Solange ich Gemeindevorstand bin, wird es keine Gewalttätigkeiten geben. Besonders nicht gegen Arbeiter, wie die Fontamarefen . . . Aber darum handelt es sich hier nicht . . . Hauptmann, erkläre du, warum es geht . . .“

Der Hauptmann der Carabinieri löste sich aus der Gruppe der Gäste.

„Es handelt sich tatsächlich nicht um Gewalttätigkeit. Unter dem neuen Regime kann so etwas nicht mehr vorkommen. Es handelt sich um einen geschlichen, höchst geschlichen Fall. Zudem um eine Vergünstigung, die die Obrigkeit Fontamara zuschieben wollte . . .“

Im Weitersprechen zog er ein Bündel Papiere aus der Tasche:

„Hier habt ihr außerdem eine von allen Fontamarefen unterschriebene Eingabe, von allen — ohne Ausnahme. Die Eingabe bittet die Regierung, im höheren Interesse der Produktion den Bach von den unaengend bebauten Feldern der Fontamarefen — gegen die Felder der Kreisstadt — zu leiten, deren Besitzer größeres Kapital hineinstecken können.“

Der Hauptmann wollte noch mehr sagen, aber wir hinderten ihn daran. Wir wußten genau, auf welche Weise am Abend vorher ein gewisser Cavaliere Velino unsere Namen auf leere Bogen geschrieben hatte.

„Betrüger! Gauner! Spekulant! Ihr lüdelst die Gesehe nur, um das arme Volk hinter's Licht zu führen! Daß mit den gefälschten Eingaben muß aufhören . . .!“

Der Impresario wollte uns unterbrechen, aber vergeblich. „Wir wollen dieses Zeug nicht länger hören,“ schrieen wir. „Genug mit diesem Gerede. Jeder Satz ist eine neue Gau-

verel. Genug mit diesen Erklärungen. Das Wasser ist unser und bleibt unser! . . . Dir aber werden wir Feuer ins Haus legen, Feuer, Feuer! . . .“

Da griff Don Circofanza rettend ein:

„Die Frauen haben recht,“ begann er zu brüllen, „sie haben sechsmal, hundertmal, tausendmal recht . . .“

Wir verstummten sofort. Don Circofanza ergriff für uns Partei und wir wußten, daß er ein großer Advokat war.

„Die Frauen haben recht,“ fuhr der Volksfreund fort.

„Sie haben 10 000mal recht. Ich habe sie immer verteidigt und werde sie immer verteidigen . . . Was wollen diese Frauen eigentlich? Sie wollen respektiert werden . . .“

„So ist es, so ist es,“ unterdrachen ihn viele von uns.

„Sie wollen respektiert sein und wir müssen sie respektieren,“ fuhr Don Circofanza fort, „denn sie verdienen es auch.“

Alles Bödsartige liegt ihnen fern. Sie haben verstanden, daß das Gesetz gegen sie ist und sie wollen sich nicht gegen das Gesetz auflehnen . . . Sie suchen einen freundschaftlichen Vergleich mit dem Podesta. Sie wenden sich an sein gutes Herz . . . Sie wenden sich nicht an den Gemeindevorstand, aber an den Wohlthäter, den Menschenfreund, den Freund des Volkes, der unserer Bezirk alles gespendet hat, ohne etwas dafür zu bekommen . . . Ist in dieser Sache ein Vergleich möglich? . . . Ja, er ist möglich.“

Als Don Circofanza aufgeführt hatte zu unseren Gunsten zu sprechen, kam es zu verschiedenen Kompromiß-Vorschlägen. Einen Vorschlag machte Kanonikus Don Abbacchio, einen anderen der Notar, einen dritten der Steuerinnehmer. Aber es waren unumgängliche Vorschläge, denn sie berücksichtigten weder die Wassermenge des Baches, noch das zur Bewässerung nötige Quantum.

Der Impresario schwieg und ließ die andern reden.

Schließlich schlug Don Circofanza die einzig mögliche Lösung vor:

„Diese Frauen sagen, daß die Hälfte des Baches für das Bewässern ihrer Wäden nicht genügt. Sie wollen mehr als die Hälfte, wenigstens glaube ich, damit ihre Bedürfnisse gut zu umschreiben . . . Sie haben recht, 10 mal, 100 mal, 1000 mal recht . . . Aber auch der Podesta hat recht. Hier gibt es nur eine einzige Lösung. Man muß ihm dreiviertel des Wassers lassen und die dreiviertel, die übrigbleiben, sind dann für die Fontamarefen . . . So haben die einen wie die andern dreiviertel, also etwas mehr wie die Hälfte . . . Das ist die einzige, die einzigste Lösung . . .“

Ich sehe ein, daß mein Vorschlag den Podesta außerordentlich schädigt, aber ich appelliere an sein gutes Philantropenherz, an den Menschenfreund, der gewohnt ist zu geben, ohne zu nehmen . . .“

Don Ciccone, Don Cuccavaccio, Don Tarandella, Don Pomponio und der Hauptmann scharten sich, von ihrer Angst erblot, um den Impresario und ließen ihn an, sich für uns zu opfern. Auch „der Denker“ schloß sich, nachdem er kurz gedacht hatte, ihren Bitten an. Nachdem er sich lange genug hatte bitten lassen, gab der Impresario nach.

Ein Bogen Papier wurde gebracht.

Der Notar schrieb die Kompromißformel auf, die er vom Impresario, vom Hauptmann der Carabinieri, von Don Circofanza als Vertreter der Fontamarefen unterzeichnen ließ.

Danach begaben wir uns auf den Heimweg. (In Wirklichkeit hatte keine von uns verstanden, worin praktisch der endlich erreichte Vergleich bestand.)

In den darauffolgenden Tagen begannen die Straßendärter, unter dem Schutz zweier Carabinieri, den Graben weiter auszuheben, der einen Teil unseres Wassers in die vom Impresario erworbenen Felder leiten sollte. Aber die Frage war eben, welchen Teil?

„Unsere kümmerliche Bildung hinderte uns“ — fuhr nun der Alte weiter — „zu verstehen, wie man das Wasser in zwei Teile, jeden zu drei Viertel, teilen konnte. Selbst die Frauen, die den Vertrag angenommen hatte, waren sich uneins, worauf er tatsächlich beruhte: einige behaupteten, das Wasser würde in zwei gleiche Teile geteilt, andere, Fontamara würde den größeren Teil der Hälfte, das heißt die drei Viertel behalten und Generale Baldiffera wollte uns schließlich überzeugen, daß die drei Viertel sich auf Mondphasen bezögen, in dem Sinne, daß der Bach die Ländereien der Fontamarefen während dreier Mondphasen bewässert hätte, nun die des Impresario in den drei folgenden daran kämen und so weiter. Wir hielten den Kampf gegen den Impresario für aussichtslos und darum war — offen gelassen — keiner von uns darauf verfaßt, ihn fortzuführen. Vielmehr beschäftigte jeden, wie er möglichst viel des wenigsten Wassers für sich bekäme, zum Schaden der andern. Es hatte zwar noch etliche Wochen Zeit, bis die Wasserfrage akut war — aber der Krackel und die Diskussionen begannen sofort.“

(Fortsetzung folgt)

H. N. Brallstord, London

Demokratie und Sozialismus in England

Ein Nachwort zum englischen Gewerkschaftskongress

Der englische Gewerkschaftskongress, der vergangene Woche in Brighton tagte, stand im Schatten zweier großer Geschehnisse: Roosevelts Wirtschaftsexperiment in Amerika und der Zusammenbruch der Demokratie in Deutschland. Sie beherrschten den Kongress vom Anfang bis zum Ende und bildeten den Gegenstand seiner interessantesten Diskussionen; neben ihnen tauchte nur noch eine andre Frage auf: die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Aktion zur Verhütung eines Krieges. Der Kongress nahm diesen Gedanken zustimmend auf und beschloß eine Untersuchung über seine praktische Durchführung.

Die jüngsten Ereignisse in Amerika haben offenbar auf die Delegierten einen tiefen Eindruck gemacht und sie hörten darüber zwei ziemlich unkritische Berichte der Delegierten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes. Am stärksten wirkte der Unterschied zwischen der kapitalistischen „Wirtschaftsführung“ in Amerika und in England. Dräben ist sie aktiv, intelligent, man möchte fast sagen, mutig, und sie versteht, daß es keinen Wiederaufbau gibt ohne Erhöhung der Massenkaufkraft. Hier ist sie untätig und defätistisch und wehlt seinen andern Ausweg als Ersparungen, hohe Zölle und Preiserhöhungen durch die Einschränkung der Erzeugung. Unter diesem Eindruck beschloß der Kongress eine Resolution, die die Zustimmung zu Präsident Roosevelts Bemühungen ausdrückt und die englische Regierung anfordert, sein Beispiel durch großzügige öffentliche Arbeiten, Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne nachzuahmen. Man versteht, daß dies ein Versuch ist, den Kapitalismus durch seine Unterstellung unter Staatskontrolle zu retten, aber der Kongress war offenbar der Meinung, daß, wenn die Ausbeutung der Arbeiterklasse nicht aufgehoben werden kann, es immerhin besser sei, daß sie mit Vernunft geschehe. Das ist vielleicht eine kurzfristige Auffassung; ein vernünftiger Kapitalismus mag länger bestehen als ein hoffnungslos untätiger. Andererseits hat sich gezeigt, daß die organisierte Arbeiterklasse in Amerika, die während der Krise völlig zu Boden geworfen schien, sich plötzlich wieder zu regen und zu reden begann. Ein Trompetenschlag der Hoffnung hat sie in Reih und Glied gerufen und sie kämpft mit einer Energie und einem Mut, wie man sie seit vielen Jahren bei ihr nicht gesehen hat.

Die Wirkung des Sieges Hitlers auf das Denken der englischen Arbeiterklasse kann in wenigen Worten beschrieben werden. In der Schule haben wir in der Physikstunde gelernt, daß Druck und Gegenruck einander die Waage halten; das hat sich in diesem Falle bekämpft. Auf den Ansturm der Nazis gegen die Demokratie reagieren die englischen Arbeiter durch die erhöhte Entschlossenheit, sie zu verteidigen. Niemals zuvor war ihre Anhänglichkeit an die Demokratie so tief, die Anerkennung ihrer Vorteile so echt. Und das ist begreiflich. Was immer sonst in England fehlerhaft sein mag — unsere Gewerkschaften bleiben unbehelligt, wir schreiben in unseren Zeitungen, was wir wollen, unsere Führer und Vertrauensmänner werden nicht verschleppt und mißhandelt. Und deshalb sind wir einzig und entschlossen, zu behaupten, was wir an dieser Freiheit besitzen.

Das ist vollkommen berechtigt; aber es ist vielleicht ein wenig zu einfach. Nach sechs Monaten des Nachdenkens über die deutschen Ereignisse hätten wir vielleicht etwas mehr zu

sagen, als die Exekutive des Gewerkschaftskongresses in einer langen Resolution gesagt hat, die der Kongress gegen etwa ein Duzend Stimmen annahm. Was da steht, ist vollkommen richtig, aber es ist nicht alles, was zu sagen war. Die Resolution ruft die Arbeiter zur Verteidigung der Demokratie auf; sie verwirft aufs entschiedenste alle Diktaturen, sei es von rechts oder von links; sie erklärt, daß der Kommunismus den Faschismus hervorruft, und verwirft jede Einheitsfront mit den kommunistischen Anhängern der Diktatur; diese Verurteilung wird lediglich durch die Anerkennung gemildert, daß unter den besonderen Umständen der russischen Revolution die Diktatur dort historisch unermeldlich gewesen sein mag; schließlich fordert sie zur Wachsamkeit und zum aktiven Widerstand gegen den Faschismus im eigenen Lande auf, obgleich es in England bisher kaum mehr als sechstausend erklärte Faschisten gibt.

Einige wenige Redner des linken Flügels wandten sich gegen den Abschnitt der Resolution, der von Russland handelt. Sie sprachen gut und wurden ruhig angehört, aber sie wannen für ihre Ansicht nicht mehr als ein Duzend gestreuter Einzelstimmen. Uns will scheinen, daß diese Kritik den falschen Punkt wählte. Die wirkliche Schwäche der Resolution liegt darin, daß sie die Demokratie in England für vollkommen zu halten scheint. Selbst das politische System, das hierzulande diesen Namen führt, ist nur eine unvollständige Verwirklichung dessen, was die alten liberalen Vorkämpfer und die Männer der Französischen Revolution unter Demokratie verstanden haben. Was aber die Resolution gar nicht ausdrückt, ist, daß Demokratie in einer Gesellschaft, die auf sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit beruht, ein Widerspruch in sich ist. Wo ein Mann, weil er Boden oder Maschinen besitzt, Hunderten seiner Mitmenschen das Recht, zu arbeiten und zu leben, verweigern kann, dort besteht keine wahre Demokratie. Die politische Gleichheit, die sie verheißt, wird durch die Macht des Arbeitgebers über den Arbeitnehmer zerstört. Das ist die Ueberzeugung aller Sozialisten; aber sie scheinen sie manchmal zu vergessen.

Eine andre Schwäche der Resolution liegt in dem Abschnitt, in dem sie die Ursachen der deutschen Konterrevolution behandelt. Niemand von uns wünscht die deutschen Sozialdemokraten zu kritisieren; was soll man gegenüber Männern, die in Nazifängnissen eingekerkert oder ins Exil verjagt sind, andres sagen und tun, als daß sie unsere tiefste Sympathie besitzen? Nichtsdestoweniger ist es unsere Pflicht, aus ihren Irrtümern zu lernen. Jeder deutsche Genosse, in dem der Wille weiterlebt, versteht heute, wo der Hauptfehler war: er lag in der Annahme, daß Demokratie ohne Sozialismus bestehen kann. Er lag in der Annahme, daß eine papierene Verfassung sich selbst zu verteidigen vermag, während alle Schlüssel zur wirklichen Macht in den Händen der Klassenfeinde der Demokratie sind. Das war Deutschlands Schicksal. Der Boden, die Fabriken, die Banken, die Armeen, selbst die Gerichtshöfe — all das war in den Händen der Junker und Großkapitalisten oder ihrer Söhne und Satalen. Und wenn wir ehrlich sind, müssen wir sagen, daß unsere Lage in England in dieser Beziehung nicht viel besser ist. Das ist die Lehre, die mir alle aus der deutschen Katastrophe zu ziehen haben. Die Demokratie ist ein Ziel, das zu erringen, nicht ein Besitz, der zu verteidigen ist. Der Angriff ist, wie jeder Soldat weiß, die beste Form der Verteidigung. Wir

können die Demokratie nur verteidigen, indem wir den Sozialismus erringen.

Während der Gewerkschaftskongress über Diktatur und Demokratie beriet, ist ein Buch erschienen, das vielleicht einen starken Einfluß auf das Denken der sozialistischen Bewegung in England ausüben wird. „Probleme einer sozialistischen Regierung“ (Problem of a Socialist Government, Verlag Gollancz, London) ist eine Sammelarbeit von Autoren, die alle der Sozialistischen Liga angehören, die innerhalb der englischen Arbeiterpartei aus den Trümmern der I.P.P. hervorgegangen ist. Drei von ihnen waren Mitglieder der letzten Arbeiterregierung (Sir Stafford Cripps, Sir Charles Trevelyan und Dr. Addison), zwei (Wife und Durabin) waren Mitglieder des letzten Parlaments; andre (Cole, Mellor und ich selbst) sind Schriftsteller. Das Buch versucht zu erörtern, was die nächste sozialistische Regierung tun muß. Wir nehmen an — und diese Meinung teilt die ganze Partei —, daß sie sich nicht damit begnügen kann, auf den reformistischen Wegen zu wandeln, die uns unter Macdonald zum Verbängnis geführt haben; sie wird die einzige Aufgabe haben, den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu vollziehen. Die Verfasser behandeln die Hauptprobleme eines nach dem andern: Wie sollen wir die Banken nationalisieren und wie mit der übrigen komplizierten Maschinerie des Geldes verfahren? Was werden wir im einzelnen unter der Sozialisierung der Industrie? Welche Industrien müssen als erste drankommen? Gibt es eine Form der Entschädigung der Kapitalisten, mit welcher die Verhütung des Bürgerkrieges erkauft und doch die kommende Generation nicht mit einer übermäßigen Schuldenlast beschwert wird? Können wir in der sozialisierten Wirtschaft zugleich Wirtschaftdemokratie und Leistungsfähigkeit gewährleisten? Die Probleme der Landwirtschaft, des Außenhandels, des Imperialismus und der Außenpolitik werden gleichfalls erörtert.

Das Buch hat in der Tagespresse ein Maß von Beachtung gefunden, wie sie Büchern in England selten beschieden ist; hätten wir mathematisch nachgewiesen, daß Einsteins Lehre falsch, oder daß die Erde flach ist, hätte das Buch gewiß weniger Aufsehen erregt. Und trotzdem wurde dabei nicht eines der Probleme, die ich hier angeführt habe, erwähnt. Was die Presse angeregt hat, ist lediglich die Tatsache, daß wir zu sagen gewagt haben, die traditionelle Maschinerie des Parlamentes sei gänzlich ungeeignet, eine so große Umwälzung, wie sie uns notwendig erscheint, rasch durchzuführen. Wir haben daher die Weisheiten vorgeschlagen, die die grundsätzliche Entscheidung über jede Umwandlung dem Parlament überlassen, aber die Durchführung im einzelnen ernannten Sachverständigenausschüssen übertragen. Nur auf solchen Wegen, behaupten wir, sei es möglich, die Demokratie zu bewahren und gleichzeitig zu erneuern. Daraus antwortet die gesamte kapitalistische Presse von den Liberalen bis zu den Konservativen, indem sie uns mit Stalin und Hitler vergleicht und uns behuldigt, eine persönliche Diktatur anzustreben. Man darf wohl an diesem Wutausbruch den Schluß ziehen, daß unsere Darlegung der Sache des Sozialismus ehrlich dient. Aber man darf daraus auch folgern, daß die Engländer nicht wissen, was Diktatur heißt. Mögen sie es nie erfahren!

Noch immer!

Dumme Briefe ins Ausland

Ein Freund im Ausland übermittelt uns einen Brief, der ihm aus München zugegangen ist. Das Schreiben lautet: **Heißt, Greuelhehe gegen Deutschland**

In den letzten Tagen hat fast das gesamte Ausland gegen die deutsche Regierung einen Bescheldung organisiert wegen ungeheurer Greuelthaten an Juden und Andersdenkenden, die in Deutschland vorgekommen sein sollen.

Seit einer Reihe von Jahren arbeiten wir mit Ihnen in kameradschaftlicher Weise zum Wohle unseres Vaterlandes und in Erfüllung des Art. 10 unseres Bundesprogrammes, nachdem wir besonders mit den außerhalb des Deutschen Reiches und insbesondere mit den seit 1918 von Deutschland getrennten deutschen Gebieten die kulturelle Gemeinschaft pflegen wollen, zusammen.

Wir fühlen uns antieft getroffen, wenn Sie es glauben wollen, daß in einem Deutschland von heute an solche Greuelthaten auch nur gedacht sei. Jede Erneuerungsaktion wird gewisse Härten mit sich bringen, die einfach unermessbar sind und die wir alle um Deutschlands willen gerne auf uns nehmen. Den deutschen Juden wurde bisher kein Daar gekrümmt.

Die deutsche Regierung hat auch Einzelaktionen bisher nicht geduldet und wird sie auch in Zukunft nicht dulden. Sollte die deutschfeindliche Hebe in Zukunft nicht unterbleiben, so bedeutet das große Schädigung der deutschen Wirtschaft und damit der deutschen Angestellten und Arbeiter.

Wir bitten Sie deshalb, bei Ihren Arbeitsabenden über die Unwahrheit der Anschuldigungen gegen Deutschland zu sprechen und dafür zu sorgen, daß diese Nachrichten in weitestem Kreise des Auslandes getragen werden.

Wir sind überzeugt, daß Sie unserer Bitte sofort nachkommen werden und danken Ihnen für die Erfüllung derselben im voraus verbindlich.

„Den deutschen Juden wurde bisher kein Daar gekrümmt.“ So dumme verstanden deutsche Kaufleute das Ausland anzulügen, während zahllose amtliche deutsche Ausstellungen die Juden entrechteten und diffamierten, während Fotografien von Schandhügen mit Juden in nationalsozialistischen deutschen Zeitungen erschienen, während es in jeder größeren Stadt des Auslandes deutsche Juden gibt, die vor dem Terror gekrochen sind.

Und dann die Post in diesem Greuelbrief: 1. Greuelthaten gibt es nicht. 2. An solche Greuelthaten wird in Deutschland nicht einmal gedacht. 3. Gibt es aber „gewisse Härten“. 4. Diese „Härten“ nehmen wir gerne auf uns, da wir nämlich nicht davon betroffen werden, sondern nur die Marxisten, Juden und sonstige Untermenschen.

Solche Briefe sind eine Unterstützung der Greuelpropaganda.

China holt sich tüchtige Leute

Hitler-Deutschland kann sie nicht brauchen

Wie wir erfahren, hat der chinesische Finanzminister Soong, der kürzlich in Paris weilte, mit mehreren früheren Staatsbeamten Preussens Verhandlungen geführt, um diese in Preußen freigeordneten Kräfte für den Ausbau der chinesischen Verwaltung zu gewinnen, wie früher schon verabschiedete Reichswehroffiziere als Instruktoren der chinesischen Armee nach Ostasien gezogen waren. Infolge dieser Verhandlungen wird der letzte preussische Finanzminister vor dem 30. Juli, Otto Klepper nächster Tage schon nach China ausreisen. Für den Aufbau einer einheitlichen chinesischen Polizei sollen ferner nach Peking berufen werden der frühere preussische Innenminister und letzte Berliner Polizeipräsident Orzeszinski und der Vizepräsident der Berliner Polizei, Dr. Bernhard Weich. Ihre Gegenstücke von Reichsweite, General von Seck und Oberst Gudowius, der als Kommandant der Stellung des Führers des Bataillons der Majors Buchrucker (1. Oktober 1928) niedersah, wobei das Reichswehrministerium seine eigenen schwarzen Truppen als „nationalkommunistische Haufen“ bezeichnete, befinden sich bereits seit längerer Zeit in China.

Arbeitersänger verschleppt

Berlin, 15. Sept. (Insa).

Letzter Tage hielt der Arbeitergefangenenverein „Deutscher Chor“ in seinem Vereinslokal in der Reichensberger Straße in Berlin eine Nebungsstunde ab. Pflötzlich luden mehrere Mannschaften mit SA vor, die das Lokal umstellte und in den Versammlungsraum einbrang. Sechs SA-Männer, in ihrer Mitte ein Denunziant bezeichnete daran zehn Mitglieder als Marxisten, unter ihnen den Dirigenten Dr. Strechliker. Sie wurden für verhaftet erklärt und auf die Mannschaftenswagen verladen. Seit dieser Zeit fehlt jede Nachricht von ihnen. Polizeirevier und Polizeipräsidium erklären, die Festnahmen seien nicht in ihrem Auftrag erfolgt. Ueber den Verbleib der Verhafteten konnte die Polizei keine Auskunft geben. Nun erhielten die Angehörigen Postkarten, auf denen nur ganz lakonisch steht, daß es ihnen „gut“ gehe. Die Postkarten sind einseitlich durch die Geheime Staatspolizei abgehängt worden.

Streik in Remscheid

RS 11, 15. Sept. (Insa).

Im Alexanderwerk in Remscheid sollten trotz des Arbeitsbeschleunigungsprogramms 100 Arbeiter entlassen werden. Als dies bei der Belegschaft bekannt wurde, ging die Parole durch, um 11 Uhr, wenn die Sirene ertönt, eine Belegschaftsversammlung durchzuführen. Diese kam auch zustande. Entschieden fürstlich, Betriebsräte der RS 11, aus ihren Büros und forschten nach der Ursache der Arbeitsentlassungen.

legung. Von allen Seiten letzten Zwischenrufe gegen die Entlassung der 100 Arbeiter ein. Nachdem die RS 11-Belegschaft verweigert hatte, daß keine Entlassungen erfolgen würden, nahm die Belegschaft nach einer Stunde die Arbeit wieder auf. Am andern Tage wurden statt 100 Mann gleich 500 entlassen. Die Empörung unter der Belegschaft ist ungeheuer, jedoch konnte nichts mehr unternommen werden, da das Werk mit bis zu den Zähnen bewaffneten SA-Abteilungen besetzt wurde.

Hirtfelder im Lügenlicht

Aber kein Zentrumsblatt verteidigt ihn

Durch das amtliche Conti-Büro läßt die Nazi-Regierung trotz Konfordat und widerständiger Zentrumsunterwerfung folgende Schwindelmeldung über Hirtfelder verbreiten:

„Wie die „Nationalzeitung“ mitteilt, wird der frühere Zentralamtsminister Hirtfelder beständig öffentliche Mittel in Millionenhöhe geschwindig vermandt zu haben.“

Der Spar- und Bauverein Oberhausen, eine Gründung der christlichen Gewerkschaften, der 1930 in wirtschaftliche Schwierigkeiten geriet, wandte sich an die damalige preussische Regierung, um deren Mittelfür die Sanierung zu erhalten. Das wurde abgelehnt. Er wurde daher bei Minister Hirtfelder persönlich vorstellig und erreichte, daß Hirtfelder bei einem Besuch in Essen aus öffentlichen Mitteln 50 000 RM. überweisen ließ, denen geraume Zeit später weitere 97 000 RM. folgten. Eine Deckung für die gewährten Darlehen war nicht vorhanden. Als diese Mittel nicht ausreichten, wandte man sich an den sozialdemokratischen Ministerialdirektor Wener, der zusammen mit Hirtfelder einen Sanierungsoption entwarf, dessen Grundlage die Vergabe von weiteren öffentlichen Geldern in Höhe von einer Million RM. war. Ein Revisionsbericht erklärte, daß auch diese Millen das Unternehmen nicht retten konnte. Trotzdem bestand Hirtfelder darauf, daß die Kasseisungen ausgeführt würden.

Die zur Auszahlung zuständige Kreisparasse wandte sich nun an den damaligen Finanzminister Höpfer-Rischoff, der die Auszahlung sperren ließ. Die Folge dieser Sperrung war eine parlamentarische Aktion des Zentrums gegen Höpfer-Rischoff, in deren Verlauf dieser zum Rücktritt gezwungen wurde. Sein Nachfolger, der Sozialdemokrat (1) Klepper, genehmigte sofort nach Amtsantritt die Auszahlung der Gelder. Der Oberhauser Spar- und Bauverein bekam seine Millen und ging, wie der Revisionsbericht voraus gesagt hatte, doch zugrunde.“

Was sagen eigentlich die christlichen Gewerkschaften des Saargebietes zu dieser erneuten Diffamierung?

Der Folterkeller

In die berühmten Folterkeller in der General-Popenstraße zu Berlin kommen neuerdings nur noch verhaftete Anhänger der SA. und auch der Hitlerjugend, die mit dem heutigen Kurs unzufrieden sind und rebellieren.

Deutschland: 600 000 Dreyfusfälle

London, 15. Sept. S. Wicham Steed, der weltberühmte englische Journalist, erklärte in einer eben gehaltenen Rede: „Der Fall Dreyfus, der nur einen Juden betraf, erschütterte ganz Frankreich, aber in Deutschland gibt es heute 600 000 Dreyfusfälle, und keiner hat dagegen etwas getan.“

Paris, 15. Sept. Der Leiter des hiesigen jüdischen Hilfskomitees, R. N. Lambert, ein Freund Herriots, erklärte heute einem unserer Mitarbeiter: „Im Monat August hatte der Zustrom der Emigranten nach Frankreich, insbesondere nach Paris, nachgelassen. Von anfänglich durchschnittlich 500 Neuanfömmelungen pro Woche sanken die Ziffern im August bis auf 225 und bis zum 1. September sogar bis auf etwas über 100 die Woche. Ab September jedoch steigt die Zahl der aus Deutschland Flüchtenden wieder. Das erneute Anwachsen der Flüchtlingsbewegung ist eine Folge des wieder verstärkelt fortgesetzten Vortotts der Juden in Deutschland und der schärferen Verfolgung der deutschen Juden. Die neue antisemitische Aktivität in Deutschland läßt für die kommenden Monate wieder einen weit härteren Zustrom von Flüchtlingen erwarten.“

24 Tote in Düsseldorf

Man schreibt uns: Die Aufstellung „400 Tote“ ist sehr unvollständig. Die Zahl der Toten des braunen Terrors ist in Wirklichkeit um ein Vielfaches größer. Von Düsseldorf sind in der Aufstellung nur einige wenige Fälle benannt. 24 Morde, die zum Teil durch die Presse veröffentlicht worden sind, sind in ihr allein aus dieser einzigen Stadt in der Nord-Statistik nicht enthalten. Wir lassen sie darum noch einmal folgen.

1. Ein Toter im Stadtteil Zingern, wurde erschossen am Fenster seiner Wohnung bei einem Feuerüberfall der SA.
2. Ein Toter im Stadtteil Bill, wurde erschossen am Fenster seiner Wohnung bei der Beerdigung eines SA-Mannes.
3. Am Graf Adolf-Platz wurde der ehemalige kommunistische Zeitungsvorkäufer erschossen.
4. Der Kommunist Wähler „auf der Flucht“ erschossen.
5. Im Stadtteil Ziehlung Freiheit „erschoss sich“ bei einer Hausdurchsuchung mit seinem Gewehr ein Arbeiter.
6. Die beiden Gebrüder Bobis, frühere Nationalsozialisten, wurden im Stadtteil Heerdt erschossen aufgefunden.
7. Der Zahnarzt Dr. Meyer wurde furchtbar verstümmelt in einem Saal eingekniet, ermordet aus dem Rhein gefloht.

8. Auf der Rheinbrücke wurde ein kommunistischer Flugblattverbreiter erschossen aufgefunden.
9. Sieben Arbeiter wurden Anfang Juni in einer Woche ermordet. Sechs Fälle wurden in der „Freiheit“ berichtet. Es waren aber sieben.
10. Aus dem Rhein wurden zweimal vier Tote zusammengebunden, erschossen herausgeschleift.

Die Namen dieser Toten sind zum Teil nicht bekannt, da die Beerdigungen in größter Stille vorgenommen wurden. Die Zahl der Toten ist aber auch in Düsseldorf noch größer als hier angegeben. So sieht die Nord-Statistik in Wirklichkeit aus.

Ein witziges Blatt

Über die „Lügen“ der „Deutsche Freiheit“

In Saarbrücken erscheint ein „Abendblatt“. Es macht jetzt in Nationalsozialismus, wie es früher mit anderen politischen Richtungen gehandelt hat. Politik ist für den Verlag ein Geschäft wie für andere Leute der Handel mit Käsen oder Heringen. Nachfrage und Konjunktur entscheiden die Ueberzeugung.

Belagtes Blatt macht sich die Mühe, und zu „widerlegen“. Seine Methode ist einzigartig.

Da erscheint zunächst als vollkommen unparteiischer Kronzeuge Herr Gemeschlächter und Polizeipräsident Heines. Selbstverständlich bekundet er, daß in seinem Verwaltungszweige alles in bester Ordnung ist. Außerhalb der Redaktion des erwähnten Blattes wird das niemand anders erwartet haben. Herr Heines ist bekanntlich auch der ehrlichen Meinung, daß er ganz im Rechte war, als er mit einem halben Duzend andern Viehkerlen einen wehrlosen Arbeiter im nächtlichen Walde abschlugte und verscharrte. Oder ist das auch eine Lüge der „Deutschen Freiheit“? Wir bitten um Dementi.

In Baden wie in allen übrigen Landesteilen des Reichs sind rebellierende SA-Leute eingesperrt worden. Wer ist die zuständige Stelle zur Untersuchung? Selbstverständlich die „Landesstelle des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“. Bekanntlich die objektivste Behörde der Welt: „In Baden ist noch nicht ein einziger SA-Mann in Schutzhaft genommen worden.“ Aber gewiß nicht: in dem Augenblick, als die Leute verhaftet wurden, hat man sie natürlich ausgekostet und ihnen die Uniform ausgezogen. Darum kann man jetzt mit tiefster Ueberzeugung sagen: „SA-Leute? Nicht ein einziger sitzt im Gefängnis oder im Konzentrationslager.“

Und „bei einem Fluchtversuch“ ist in Baden noch niemand erschossen worden. Wenigstens die Propagandastelle weiß davon nichts, und sie tut recht daran, denn damit ist selbst in Deutschland keine Propaganda mehr zu machen.

In Hannover gab es eine tüchtige Wirtschaftskellerei zwischen besoffenen SA-Leuten und Reichswehrsoldaten. Der Fall liegt eine Zeit zurück, wie sich überhaupt das „Abendblatt“ und seine Hintermänner gerühlig Zeit gelassen haben, die Vorfälle „aufzuklären“.

Wer dementiert nun? Etwa die Reichswehr? Obwohl deren Offiziere auch kaum anders gekonnt hätten. Nein! Die Dementis sind wieder bestellt bei der „Abteilung Propaganda“. Außerdem bei dem Nazipolizeipräsidenten und bei der SA-Standarte. Diesen schließt sich an, der Inhaber des Lokals, ein Hofstraitier Sowieso.

Ein Unschuldsengel, dieses Abendblättchen: Es glaubt im Ernst, irgend ein Wirt, oder ein Oberkellner, oder ein Kapellmeister könnte im Reiche drüben ansagen, SA sei besoffen ins Lokal gekommen und habe dort mit Reichswehr Kraus angefangen. Solche Zeugen kämen ja nicht einmal bis ins Konzentrationslager.

Damit das Saarbrücker Abendblättchen sich nicht wieder und und die Portofolien macht, geben wir ihm den Rat, sich für seine künftigen kriminalistischen Bemühungen zunächst auf einen einzigen Fall zu beschränken: Stimmt es, daß das sozialdemokratische Parteivorstandsmitglied Sellin a erst von der SA und der SA halbtot geschlagen und daß der schwerkranke Mann nachher, aus dem Krankenhause kommend, von denselben Reichskanzlerbanditen abgeschlachtet und sein Leichnam ins Wasser versenkt worden ist? Ja oder nein? Welche der von uns als tot angeführten Menschen leben noch? Welche der von uns gemeldeten, in hundert Fällen gemeldeten Folterungen sind nicht zutreffend?

Heraus mit den Dementis, aber nicht von Zweigstellen des Reichslügenministeriums Gobbels, der sich das Verdienst zu einem lobnenden Beruf gemacht wie Redaktionen a la Abendblatt das Hinweglügen zahlloser Morde und Quälereien im Reiche zu dem ihrigen.

BRIEFKASTEN

Ein mehrere Lokalnachrichten für private Beratungen können wir nur aufnehmen, wenn eine Annonce aufgegeben wird.

Ein Bericht über die antisemitischen Ausschreitungen in Nürnberg enthält nichts Neues.

Ein Pigeon. Das Gedicht ist leider nicht druckreif.

Ein mehrere Freunde. Herzlichen Dank für interessante Zeitungsausschnitte. Viele von ihnen werden noch und noch verwandt.

Für den Gesamteinhalt verantwortlich: Johann Pich in Dudenweiler; für Inserate: Otto Kuhn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 2.

Festgottesdienst

nach deutschem Ritus. Orgel. Chor
PREDIGTEN IN DEUTSCHER SPRACHE

Rauschhaschonoh und Jaum kippuc 1933

im würdigen Saal Pleyel, 252, Faubourg St. Honoré, Paris 8

am 20., 21., 22., 29. und 30. September 1933

Karten gültig für alle 7 Gottesdienste 25,— bis 100,— Fr.

Vorverkauf bei: Durand & Co., 4, Place de la Madeleine. La Boite à Musique, 133, Boulevard Raspail. Agence Cook, 118, Avenue des Champs Elysées und im Saal Pleyel, 252, Faubourg St. Honoré

Achtung, Eltern!

Ich habe mein Jugendheim aus Deutschland nach
St. Cloud bei Paris, 59, Rue des Tennerolles
Telefon Val d'Os 0278 verlegt.

Reizendes Landhaus, schöner Garten, Privatunterricht, Berufsausbildung, Sport, Gymnastik.

Anmeldungen bald möglichst

FRAU DR. BERG

Deutsche israelitische PENSION

I. Ranges, mit allem Komfort für dauernden oder längeren Aufenthalt

Brüssel, 154, Rue Franz Mesjay

Wo speist man gut und billig in Brüssel

Restaurant à la Fourchette 22, rue St. Michel, 22, 1. Querstraße rechts vom Platz Brouckere. Diners u. Soupers à 6,00, 8,00 u. 10,00 Frs. Flüchtlinge aus Deutschland erhalten 50% Rabatt auf alle Speisen. Geöffnet von 12 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts.

Teilhaber mit 2-300000 Fr. sucht eläss. Firma. Textil-Groß zw. Vergrößerung. Seröse Angebote unter Nr. 173 an d. „Deutsche Freiheit“

Gymnastikschule in Paris

gut eingerichtet, mit festem Kundenkreis und großer Entwicklungsmöglichkeit, für fachkundige Dame sichere Erwerb, wegen Krankheit um den reduzierten Preis der Einrichtung zu übergeben. Offerten sind an Bacotra, 215, rue du Faubourg St. Honoré, Paris 8 zu richten.

Geschäft

Schuhe u. Konfektion mit langjährigem Vertrag und Wohnung, krankheits halber billig abzugeben.

Kaufhaus J. Krippner
Thann (Elsass, Frankr.), Hauptstr. 41

Kaufm. Réfugie z. Zt. Paris spricht perfekt französisch, sucht Beschäftigung evtl. Dolmetscher oder sonstige. Angebote unter Nr. 182 an die Geschäftsstelle der „Deutsche Freiheit“, Saarbr 3 Schützenstraße 5.

Druckerei, Verlag und Redaktion der

„Deutschen Freiheit“

sind in Saarbrücken, Postschließfach 776

Alle Anschriften, auch Offerten auf Inserate sind nur an die obige Adresse zu richten!

Frankreich

Das Abonnement der „Deutschen Freiheit“ beträgt pro Monat 12 Fr. zuzüglich 3,75 Fr. Porto. Wir bitten dies zu beachten.